

Preis der Einzelnummer
Um Ausland Kč 2.-) Kč 1.40

Auslandspreise	Einzelnumm.	vierteljähr.
Argentinien	Ps. 0,30	Ps. 1,00
Belgien	Fr. 2.-	Fr. 54.-
Bulgarien	Lev. 8.-	Lev. 96.-
Dänemark	Öld. 0,30	Öld. 1,00
Deutschland	Mk. 0,25	Mk. 1.-
Estl. n. d.	E. Kr. 0,22	E. Kr. 2,64
Finnland	Fmk. 4.-	Fmk. 48.-
Frankreich	Fr. 1,50	Fr. 18.-
Großbritannien	£. 4.-	£. 4.-
Holland	Gld. 0,15	Gld. 1,80
Italien	Lit. 1,10	Lit. 13,20
Jugoslawien	Din. 4,50	Din. 54.-
Lettland	Lat. 0,30	Lat. 3,60

Neuer Vorwärts

Bezugspreis im Quartal
(Um Ausland Kč 24.-) Kč 18.-

Auslandspreise	Einzelnumm.	vierteljähr.
Litauen	Lit. 0,50	Lit. 6,00
Luxemburg	B. Fr. 2.-	B. Fr. 24.-
Norwegen	Kr. 0,30	Kr. 4,80
Oesterreich	S. h. 0,40	S. h. 4,80
Palästina	Mils. 18.-	Mils. 216.-
Polen	Zloty 0,50	Zloty 6.-
Portugal	Esc. 2.-	Esc. 24.-
Rumänien	Lei. 10.-	Lei. 120.-
Saargebiet	F. Fr. 1,50	F. Fr. 18.-
Schweden	Kr. 0,30	Kr. 3,60
Schweiz	Fr. 0,30	Fr. 3,60
Spanien	Pes. 0,70	Pes. 8,40
Ungarn	Pengö 0,25	Pengö 3,00
USA	Dollar 0,05	Dollar 0,60

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Blutgesetz in Kraft!

Aus Mördern werden Minister — aus Ministern Mörder!

Die Blutphantasien Görings, in Morphiumräuschen und heißen Julinächten gezeugt, sind im Oktober „Gesetz“ geworden. Das Reichskabinett hat beschlossen, daß getötet oder für unabsehbare Zeit ins Zuchthaus gesperrt werden soll, wer hochverräterische Schriften im Ausland herstellt oder im Ausland hergestellte im Inland verbreitet. Als hochverräterisch wird aber jede Schrift betrachtet werden, die über deutsche Zustände die Wahrheit sagt. Richter, denen ihre Partei oder die Sorge um die eigene Haut über die Pflicht ihres Amtes geht, werden Bluturteile sprechen. Urteile des Fanatismus oder der Angst. Aber wenn diese Gesellen schon Angst haben, so sollen sie sie haben nicht nur vor dem, was jetzt ist, sondern auch vor dem, was nachher kommt! Mögen sie wissen, daß nichts vergessen wird! Mögen sie wissen, daß ihnen nichts geschenkt werden wird!

Was man jetzt im Dritten Reich Gesetz nennt, ist nichts anderes als ein Befehl zum Mord. Verantwortlich für ihn sind nicht nur die alten Nationalsozialisten im Kabinett wie Göring, Hitler, Frick und Göbbels, sondern auch die Neuzugezogenen wie Neurath, Blomberg, Schwerin-Krosigk, Schmitt, Seldte, Gürtner und Eitz-Rübenach. Die alten Nationalsozialisten bleiben, wenn sie weiter morden lassen, wenigstens in einem Punkt ihrem Programm treu. Die Neuzugezogenen haben alle verleugnet und verraten, was sie früher einmal mit dem zivilisierten und anständig denkenden Teil der Menschheit verbunden hat. Sie sind weder Fanatiker noch Gelstesranke, sie sind nur „deutsche Männer“, daß Gott erbarm! Man kann als Gefangener die Latrinen im Konzentrationslager reinigen und dabei sauber sein. Man kann auch täglich in Marmorwannen baden und dreckig bleiben von oben bis unten und von innen bis außen. Diese feige, entwürdigte, entmannte Gesellschaft der Neuzugezogenen, sie bleibt trotz allem die schlimmste Schande, die über das deutsche Volk gekommen ist!

Was ist denn in Deutschland Recht? Was ist in Deutschland Verfassung? Bei dem Juristenaufmarsch in Leipzig hat der Staatsgelehrte des Dritten Reiches, Professor Carl Schmitt, die Lehre verkündet, vorläufige Verfassung des Deutschen Reiches sei das Ermächtigungsgesetz vom 24. März. Diese „vorläufige Verfassung“ besteht aus fünf Artikeln, von denen der kürzeste vier, der längste sechs Zeilen lang ist, und legt das Recht zur Gesetzgebung, auch zur verfassungsändernden, in die Hand der Reichsregierung. Sie tritt „außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.“

Schöne „Verfassung“, die nur solange lebt wie die Regierung, der sie als Rechtsgrundlage dient! Aber was Recht und was Verfassung! „Recht ist, was dem deutschen Volke nützt!“ versicherte Frick auf demselben Juristentag. Da die Hitlerregierung sich anmaßt, das deutsche Volk in sich zu verkörpern, hätte Frick ebensogut, nur noch um einen Grad aufrichtiger, sagen können: „Recht ist, was uns nützt!“

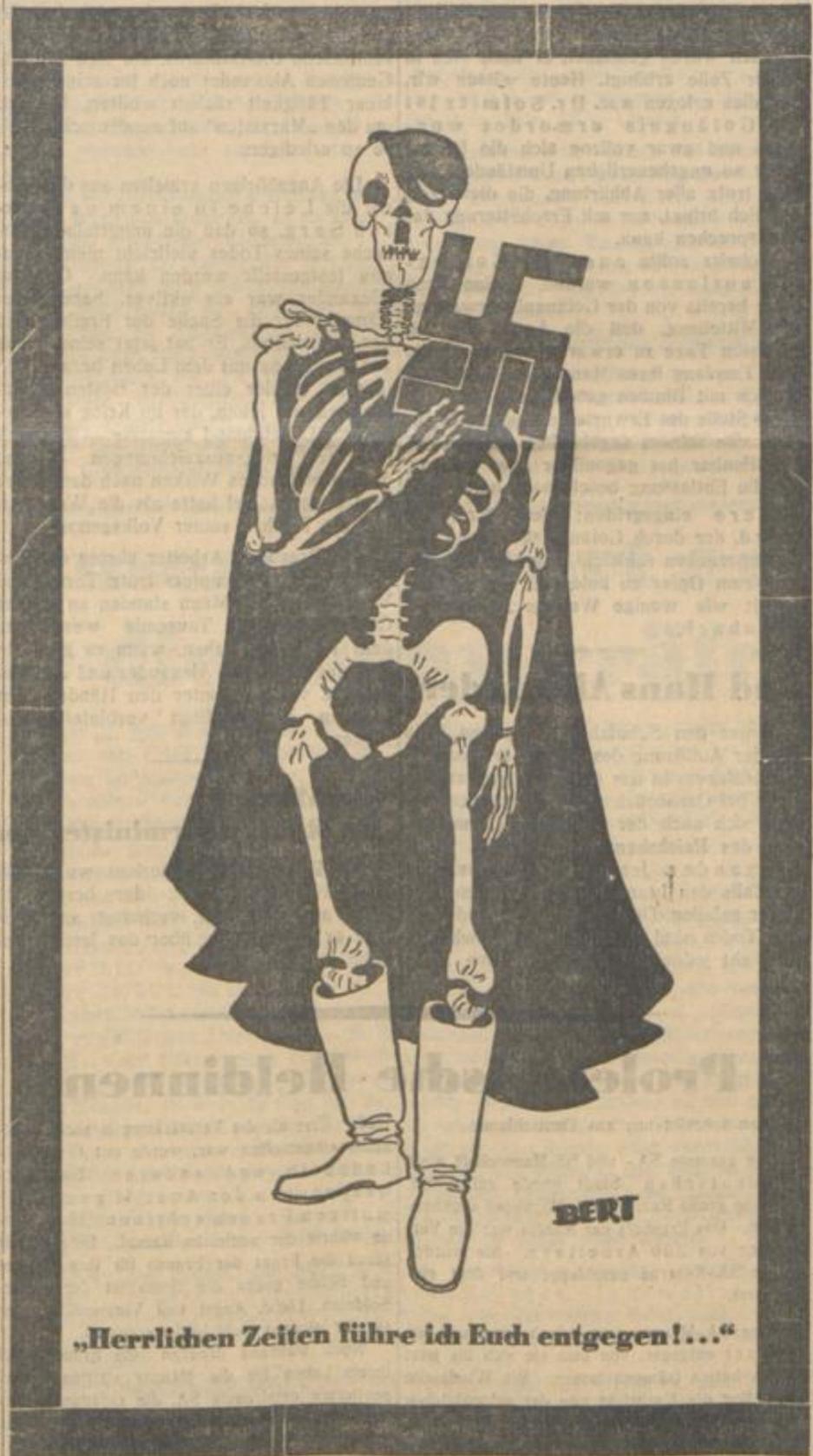
Und so ist es in der Tat! Es gibt in

Deutschland kein Recht mehr. Maßgebend ist einzig und allein das Interesse der augenblicklichen Machthaber, die Befriedigung ihrer Despotenluste, der ungestörte Genuß des Futters aus den Hunderttausenden von Futterkrippen, die

Herrschaft zu festigen, ist der Mordbefehl der lex Göring erlassen worden.

Recht ist, was uns nützt! Gesetz ist, was uns gefällt!

In Genf, wo die deutschen Vertreter



„Herrlichen Zeiten führe ich Euch entgegen!...“

für hungrige Parteibuchbeamte und Angestellte errichtet worden sind.

Um diese Herrschaft zu festigen, werden Zehntausende ehrlicher, recht- und vaterlandliebender Menschen ihrer Freiheit beraubt, aus dem Lande gejagt, für rechtlos erklärt, werden wehrlose Gefangene in Gefängnissen und Konzentrationslagern gefoltert und ermordet. Um diese

sitzen, wie Pestkranke oder Aussätzige gemieden und isoliert, in Genf hat man auf Umwegen, zu denen deutscher Widerspruch zwang, die Einrichtung eines Flüchtlingskommissars für deutsche Flüchtlinge in Aussicht genommen. Der Flüchtlingskommissar soll nicht nur die Ausgestoßenen und Vertriebenen des Dritten Reiches schützen, sondern auch die Interessen der Staaten wahrneh-

men, die durch den Ausbruch der braunen Barbarenherrschaft in Mitleidenschaft gezogen sind. Arbeitslos geworden, ihrer Habe und ihrer Unterstützungsansprüche beraubte Arbeiter und Angestellte, gewaltsam ruinierte und bis aufs Hemd ausgeplünderte Geschäftsleute überschreiten auf den verschiedensten Wegen unter den abenteuerlichsten Umständen die Grenze und schreien im fremden Lande nach Arbeit und Brot! Fremde Regierungen sollen durch Menschlichkeit wieder gut machen, was die eigene Regierung an ihren Staatsbürgern grausam gefrevelt hat! Es ist schön, wenn diese fremden Regierungen der Pflicht der Menschlichkeit genügen, aber es ist auch nur recht, wenn sie die Frage aufwerfen, wer für diese Belastung und Beunruhigung, unter der sie leiden, verantwortlich ist. Die Theorie, daß keine Regierung das angeht, was die andere treibt, läßt sich nicht mehr aufrecht erhalten, wenn die eine Regierung den Schaden bezahlen soll, den die andere anrichtet!

Es gibt aber noch eine andere Frage, die in Genf aufgeworfen zu werden verdient. Das ist die Frage nach dem Schicksal der Menschen, die in Deutschland selbst als Juden oder Marxisten nach einem kaltausgeklügelten System planmäßig ausgerottet werden. Was geschieht mit den Frauen und den Kindern, denen durch Mord oder Freiheitsberaubung der Ernährer genommen worden ist? Was geschieht, um die Ernährung in den Gefängnissen und in den Konzentrationslagern zu sichern, in denen der Winter ein qualvolles Sterben Ungezählter bringen wird, wenn die rettende Tat ausbleibt? Alles Gerede von menschlicher Solidarität ist ohne Sinn, wenn die Welt tatenlos bleibt angesichts des Furchtbaren, das in Deutschland geschieht!

Man will in Genf über Abrüstung verhandeln, während niemand an etwas anderes als Aufrüstung denkt. Man will ein positives Ergebnis der Abrüstungskonferenz erzwingen, aber ein solches „positives Ergebnis“ kann erhandelt, beschworen und besiegelt werden — es wird Betrug und Lüge bleiben, solange nicht die geistige Abrüstung vollzogen ist! Ohne radikale Aenderung der Zustände in Deutschland schlittert Europa in ein neues Völkermorden, kein Viererpakt und kein Abrüstungsabkommen kann das verhindern. Das deutsche Volk hat auf allen Gebieten, auch auf dem der Rüstungen Anspruch auf gleiches Recht, aber jetzt hat das deutsche Volk weder ein gleiches noch ein ungleiches Recht, sondern überhaupt keines. An seiner Stelle präsentiert sich eine Verbrechergesellschaft, die dem deutschen Volk jedes Recht genommen hat, um es für sich allein in Anspruch zu nehmen. Keine Regierung der Welt denkt daran, die Hitlerbande als etwas ihr Gleichberechtigtes und Gleichwertiges zu betrachten, von keiner kann verlangt werden, daß sie das tut. Vielmehr muß man von den Staatsmännern, denen es ehrlich um den Frieden geht, verlangen, daß sie sich nicht hinter leere Redensarten verkriechen, sondern ganz offen sagen, warum sie jetzt nicht abrüsten können. Denn nur die Wahrheit kann den Frieden retten, die Lüge führt zum Krieg.

Juristen marschieren auf Gerechtigkeit marschiert ab

Der Deutsche Juristentag hat sich in genau den gleichen Formen abgespielt, wie all die ungeliebten Veranstaltungen des Dritten Reiches: als ein leeres Schaupräge, oder — zuzusagen — als ein militärischer Aufmarsch. Das ist nicht die abfällige Kritik eines grundsätzlichen Gegners des Hidersystems, es ist vielmehr das eigene Urteil der Nationalsozialisten. Wörtlich schreibt der „Völkische Beobachter“ vom 4. Oktober:

Das war das grandioseste am diesjährigen Deutschen Juristentag: daß er... Gelegenheit bot, die zu Zehntausenden anwesenden deutschen Juristen „aufmarschieren zu lassen“... Der soldatische Charakter des diesjährigen Juristentags ist, der äußerliche Ausdruck der neuen inneren Haltung der deutschen Juristen.

Auf früheren Juristentagen wurde das Für und Wider der großen brennenden Streitfragen, wurden die wissenschaftlichen und sozialen Probleme des Rechtsgebietes von erlesenen Geistern diskutiert. Damit ist es nun aus, Leipzig zeigt die deutsche Juristenschaft als militärisch gedreht, exerzierende und gehorsam einschwenkende Masse. Wahrlich, den angeblichen Bekämpfern der „Vermassung“ des Volkes ist es geglückt, mit geradezu beängstigender Geschwindigkeit einen geistigen Beruf zu entindividualisieren!

Von der wissenschaftlichen Tiefe und Gründlichkeit früherer Juristentage, von dem Feuer der Debatten zwischen rückschrittlich-starrer und modern humanitärer Rechtsauffassung ist nichts geblieben. Referenten, bar jeder juristischen Sach- und Fachkenntnis, hielten vor Zuhörern, unter denen so mancher saß, von dem der Sprecher unendlich viel hätte lernen können, anmaßende Vorträge darüber, wie die Justiz sich künftig zu verhalten hätte. Diskussionen dürften selbstverständlich nicht stattfinden. Hitler und seine jungen Leute verstehen, wie von allem, so natürlich auch von der Rechtswissenschaft viel mehr als jeder ergrante Universitätsprofessor. In einer Reihe von Referaten, deren Inhalte in tödlicher Monotonie auf den gleichen Grundgedanken zugeschnitten waren, kommandierten sie, daß fortan

das Recht sich der Rassenlehre unterzuordnen habe.

Da die Rassenlehre wie feststeht, ein unwissenschaftlicher Nonsens ist, so heißt das, daß die gesamte Rechtsentwicklung fortan im Zeichen eines Unsinns vor sich gehen soll. Aus der Rechtswissenschaft wird Rechtswahn, aus dem Recht schreiendes Unrecht.

So ist während die Juristen aufmarschieren, die Gerechtigkeit abmarschiert.

Wir geben dabei ohne weiteres die Wahrscheinlichkeit zu, daß von den zwölftausend dreizehntausend in Leipzig konzentrierten Juristen nur zwei- bis dreitausend dies bemerkt und nur einige hundert darüber Wehmut empfunden haben dürften. Denn bei der großen Masse der Talarträger hat der nationalstatische Fanatismus längst jedes Stroben nach Gerechtigkeit getilgt und der blinde Haß gegen den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse längst die „anima candida iudicis“, die spiegelblanke Seele des Richters erblinden lassen. Ihr innerer Drang zur Ungerechtigkeit treibt sie einer Lehre in die Arme — mag diese noch so unwissenschaftlich, noch so barbarisch-oberflächlich sein, — die ihnen ihre bisher nur mit schlechtem Gewissen und unter kläglichen Ausreden bezagungen Rechtsverletzungen jetzt hinstellt als das eigentliche früher verkante Volksrecht.

So werden diese Richter noch nicht protestieren gegen jene barbarische Gesetzgebung, die sich jetzt an den „Aufmarsch der Juristen“ ähnlich anschließt wie der Raub des Gewerkschaftsvermögens an den Aufmarsch vom 1. Mai. Genau wie damals die zu Feuerwerk und Luftakrobatik aufs Tempelhofer Feld kommandierten Massen nicht ahnten, was unter dem Deckmantel dieses Schaupreises geplant war, genau so wenig wußten wohl die in Leipzig zusammengetrommelten Juristen, daß der wahre Abschluß ihrer sogenannten Tagung ein jeder Zivilisation hohnsprechendes Gesetz sein würde: die Verwirklichung der sadistischen Blutphantasien eines Morphinsten, der schon vor drei Monaten im Juli die Todesstrafe gegen Worte und Gedanken verlangt hatte.

Dieses Gesetz zum „Schutz des Rechtsfriedens“ — sadistischer Hohn selbst noch in der Ueberschrift — ist nun da! Um den „Rechtsfrieden“, — o weiche Pazifisten sind doch Hitler, Göring und Konsorten, — um den stillen, lieblichen Rechtsfrieden des Dritten Reiches nicht in holdem Schlummer erstrecken zu lassen, sollen alle Menschen hingerichtet werden.

die andere Ansichten äußern, als sie der Propagandachef Göbbels seiner gleichgeschalteten Presse gestattet. Auf „hochverräterische Druckschriften“ wird die Todesstrafe gesetzt, was etwa der Gesetzgebung der von Cäsar verwahren befallenen römischen Despoten, der Gesetzgebung eines Nero und Caligula entspricht, die jede Anfeindung oder Verspottung ihrer geheiligten Person als „crimen laesae majestatis“ mit der Auslöschung von Menschenleben ahndeten. Der Aberwitz eines sich für sakrosankt erklärenden Systems — enthält sich in schauerlicher Rechtsschändung, ein Gemisch von Größenwahn und feiger Tyrannengunst, von Blutsadismus und schlechtem Gewissen tut sich hier als Alterrecht, als Antirecht kund!

Aber, keine Sorge: die in Leipzig einexerzierte Juristenschaft wird auch diese Blutverordnung als „geltendes Recht“ gelassen hinnehmen und kein Gefühl in ihren Reihen aufkommen lassen, daß sie Morde begeht, wenn sie diese Tyrannengebote handhabt.

Und jener verschrobene Universitätsprofessor, der vor anderthalb Jahrhunderten das große Wort aussprach, daß dort, wo es keine Gerechtigkeit gibt, das Leben seinen Zweck verloren hat, auch er würde heute in Deutschland keine Lebensluft mehr finden, obwohl man ihn den Philosophen des Preußentums genannt hat. Denn es ist das Zeitalter des Oswald Spengler in Deutschland und längst nicht mehr das der Immanuel Kant!

Justinian.

An der Schwelle der Freiheit ermordet

Der Redakteur des Lübecker „Volksboten“, Genosse Dr. Solmitz, beendete an einem der letzten Septembertage in geheimnisvoller Weise sein Leben. Amtlich wurde gemeldet, er habe sich in seiner Zelle erhängt. Heute wissen wir, daß dies gelogen war. Dr. Solmitz ist im Gefängnis ermordet worden, und zwar vollzog sich die Bluttat unter so ungeheuerlichen Umständen, daß man trotz aller Abhärtung, die diese Zeit mit sich bringt, nur mit Erschütterung davon sprechen kann.

Solmitz sollte aus dem Gefängnis entlassen werden. Seine Frau hatte bereits von der Gefängnisverwaltung die Mitteilung, daß die Entlassung am nächsten Tage zu erwarten sei. Sie hatte zum Empfang ihres Mannes die Wohnung festlich mit Blumen geschmückt.

An Stelle des Erwarteten kam die Nachricht von seinem angeblichen Selbstmord. Offenbar hat gegenüber der Instanz, die die Entlassung beschlossen hatte, eine höhere eingegriffen: der braune Mord, der durch Gefängnis Korridore und Lagerbaracken schleicht, um sich die Besten zum Opfer zu holen. Er hat Solmitz geholt wie wenige Wochen zuvor Fechenbach.

Und Hans Alexander!

Unter den Schutzhaftgefangenen, die bei der Auflösung des Breslauer Konzentrationslagers in das neue Konzentrationslager bei Osnabrück gebracht wurden, befand sich auch der Breslauer Ortssekretär des Reichsbanners, Genosse Hans Alexander. Jetzt ist Hans Alexander ebenfalls den braunen Mordbanditen zum Opfer gefallen. Die näheren Umstände seines Todes sind uns noch nicht bekannt. Es steht jedoch fest, daß es etwa Mitte

September in dem Osnabrücker Konzentrationslager zu einer schweren Schlägerei zwischen schlesischer und rheinischer SA kam. Diese Gelegenheit haben anscheinend schlesische SA-Banditen, die sich an dem Genossen Alexander noch für seine Breslauer Tätigkeit rächen wollten, benutzt, um den „Marxisten“ auf neudeutsche Weise zu erledigen.

Die Angehörigen erhielten aus dem Lager die Leiche in einem verbluteten Sarg, so daß die unmittelbare Ursache seines Todes vielleicht niemals genau festgestellt werden kann. Genosse Alexander war ein aktiver, begeisterter Kämpfer für die Sache der Freiheit und des Sozialismus. Er hat jetzt seine Treue zur Bewegung mit dem Leben bezahlt. Mit ihm ist wieder einer der Besten dahingezogen, ein Mann, der im Krieg sein Leben für Deutschland einsetzte — er besaß mehrere Kriegsauszeichnungen — und dessen politisches Wirken nach dem Krieg kein anderes Ziel hatte als die Wohlfahrt und die Freiheit seiner Volksgenossen.

Die Breslauer Arbeiter ehrten das Andenken dieses Kämpfers trotz Terror und Verfolgung. 2000 Mann standen an seinem Grabe, und viele Tausende werden an dem Tag bereitstehen, wenn es gilt, den Tod des Genossen Alexander und der vielen, die vor ihm unter den Händen der braunen Mordbanditen verbluteten, zu rächen.

Verhaftung im Reichswehrministerium

Im Reichswehrministerium wurde ein Abteilungsleiter, der bereits 10 Jahre angestellt war, verhaftet, angeblich weil er sich abfällig über das jetzige Regime geäußert habe.

Proletarische Heldinnen

Man schreibt uns aus Deutschland:

Die gesamte SA- und SS-Mannschaft einer süddeutschen Stadt wurde aufgeboten, um eine große Razzia nach Marxisten durchzuführen. Das Ergebnis der Razzia war die Verhaftung von 300 Arbeitern. Sie wurden in die SA-Kaserne geschleppt und dort eingesperrt.

Den SA-Männern trat jedoch sehr bald ein Gegner entgegen, von dem sie sich bis jetzt nichts hatten träumen lassen. Mit Windeseile durchzog die Nachricht von der schmählichen Inhaftierung ehrlicher und unbescholtener Arbeiter die Stadt. Mit Windeseile machten die Frauen der Gefangenen mobil, Mütter, Ehefrauen und Bräute der verhafteten Marxisten zogen in geschlossenem Zuge vor die SA-Kaserne, schickten sich an, das Tor aufzubrechen und riefen ohne Unterbrechung im Sprechchor: „Heraus mit unseren Männern! Wir wollen unsere Männer wieder haben!“ Gegen die aufgebrachten Frauen wagten die rauen Kämpfer keinen Ausfall, sie verbarrikadierten die Tore der Kaserne und telephonierten um schleunigste Hilfe in eine benachbarte Groß-

stadt. Erst als die Verstärkung in sechs Lastautos eingetroffen war, wurde mit Gummiknütteln und anderen Schlagwerkzeugen der Angriff gegen die mutigen Frauen eröffnet. Eine Stunde währte der ungleiche Kampf. Eine Stunde stand die Front der Frauen für ihre Männer und Söhne gegen die Brutalität der Hitler-Soldaten. Liebe, Angst und Verzweiflung ließ sie ihr eigenes Schicksal vergessen.

Noch während draußen die Frauen mit ihrem Leben für die Männer stritten, transportierten ortsfremde SA die gefangenen Arbeiter durch ein rückwärtiges Tor ab und entführten sie in die benachbarte Großstadt.

Aber die mutigen Frauen ruhten nicht und gaben nicht nach. Eine Abordnung erschien bei dem Polizeipräsidenten der Großstadt, in welche die Männer entführt worden waren. Die Abordnung verlangte die Herausgabe der zu Unrecht verhafteten Männer. Der Polizeipräsident war ein human denkender Mensch. (Inzwischen ist er eben deswegen entlassen worden.) Die 300 gefangenen Marxisten wurden auf seine Anordnung der Gewalt der braunen Mills entzogen und nach kurzer Inhaftierung alle auf freien Fuß gesetzt.

Richter Lachmund

Ein Mörder im Talar

Am zehnten Februar dieses Jahres, mitten im Wahlkampf, hielt die NSDAP in Braunschweig eine ihrer damals üblichen Hetzversammlungen ab. Nach dieser Versammlung zogen die aufgepeitschten SA-Leute, wie es damals ebenfalls üblich geworden war, in einige Arbeiterstraßen, um Strafexpeditionen vorzunehmen.

Man nannte das damals: „die Kommune ausräuchern.“ Als die braune Abteilung nachts in die Straße einrückte, gab es richtig einen Zusammenstoß, bei dem zwei SA-Leute verletzt wurden.

Dieser Fall wurde jetzt vor dem Braunschweigischen Sondergericht abgeurteilt. Es wurden verurteilt:

Der Angeklagte Arbeiter Heinrich Wolf zum Tode, der Angeklagte Arbeiter Hagemann zu sechs Jahren Zuchthaus und die Angeklagten Flentge, Holzmann und Donath zu je fünf Jahren Gefängnis.

Der Richter Lachmund war den Anträgen des Staatsanwalts Ahrens gefolgt.

Er gab eine Urteilsbegründung von so abgründiger Bestialität, daß man ihren Inhalt in alle Welt hinausschreien muß:

„Wenn das Gericht gegen Wolf die Todesstrafe verhängt hat, so braucht sich niemand, am allerwenigsten der Angeklagte selbst darüber aufzuregen.“

Wer so mit dem Leben seiner Mitmenschen spiele wie der Angeklagte, der soll sich nicht wundern, wenn man auch mit ihm wenig Federlesen macht. Die Verhängung der Todesstrafe ist aber auch deshalb erforderlich, damit die Volksgenossen die Gewißheit haben, daß die Justiz, nachdem der Gesetzgeber ihr die nötigen Gesetze gegeben hat, mit den schärfsten Mitteln gegen alle vorgeht, die es wagen, ihre Hand gegen irgendeinen Kämpfer der nationalen Bewegung zu erheben.

Die heute ergangenen Verurteilungen sind eine Warnung für alle, die es angeht.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Bestehen des Sondergerichts und seine Urteile überaus erzieherisch und abschreckend gewirkt haben. Wenn trotzdem noch kommunistische Wähler hier und da in allernächster Zeit versuchen, ihre volksfeindlichen Treibereien fortzusetzen, so sei ihnen in aller Deutlichkeit gesagt, daß das Sondergericht in allen diesen Fällen rücksichtslos die Höchststrafen gegen diese Verbrecher festsetzen und da, wo es das Gesetz überhaupt zuläßt, auf die Todesstrafe erkennen wird, um diese Schädlinge auf gesetzlichem Wege für immer auszumerzen.“

Der Richter Lachmund weiß, daß die Ermordung politischer Gegner zu den Grundsätzen des Systems gehört, dem er dient.

Der Richter Lachmund weiß, daß dieses System Mörder belohnt oder bestraft, je nachdem zu wessen Gunsten der Mord geschah.

Der Richter Lachmund hat zugunsten dieses Systems die Tötung eines Menschen angeordnet.

Der Richter Lachmund ist ein Mörder im Talar. Es wird die Zeit kommen, sich dieses Namens zu erinnern, Vergeßt ihn nicht!

Durch Druckfehler entlarvt!

Vor einigen Tagen berichtete das braune „8-Uhr-Abendblatt“ über eine „grundsätzliche und programmatische Rede“ des Reichsliege-ministers. Und es geschah in diesem Bericht etwas Furchtliches, weil die Setzmaschine offenbar sich geweigert haben muß, alle Lügen und Verdrehungen widerspruchsfrei zu wiederholen. Denn zwei Tage darauf war im „8-Uhr-Abendblatt“ folgende Berichtigung dick und fett in angsterfüllt großen Lettern zu lesen:

„In unserem Bericht in der Sonnabend-Ausgabe über die große Rede des Reichsministers Dr. Göbbels hat sich bedauerlicherweise ein sinnentstellender Druckfehler ereignet. Reichsminister Dr. Göbbels hat in seiner Rede nicht (wie es in unserem Bericht fälschlich hieß) gesagt: ... in Deutschland ist es für immer mit dem Kapitalismus vorbei ...“, sondern diese Stelle hatte selbstverständlich richtig zu lauten: ... für immer mit dem Parlamentarismus vorbei ...“

Das Blatt hätte nur noch hinzuzufügen brauchen: „Unsere Leser werden ohnedies erkannt haben, daß es sich um einen Druckfehler gehandelt hat.“ Denn es bedurfte, weiß Gott, nicht erst der Entlarvung durch diese Berichtigung. Von des „Arbeiter-Führer“ „unabänderlichen Programm“ ist nicht mehr als eine Berichtigung übrig geblieben.

Aber die spricht Bände!

„Sieg und Macht“

Der Jahreskongreß der Britischen Arbeiterpartei

V. Sch. Hastings, 7. Oktober.

Optimismus und Siegeszuversicht erfüllen seit Monaten die britische Arbeiterbewegung. Nach der Wahlkatastrophe vom Herbst 1931, die noch durch das ganze Jahr 1932 hindurch lähmend wirkt, hat man jetzt allgemein das Gefühl:

Es geht wieder aufwärts!

Mag auch die Arbeiterpartei im jetzigen Parlament nur über etwa ein Zwölftel der Mandate verfügen, diese Fraktion leistet hervorragende Arbeit und erzwingt die allgemeine Aufmerksamkeit.

Das Volk empfindet selbst, daß diese gegenwärtige Vertretung in einem schreienden Verhältnis zu der wirklichen Stärke der Arbeiterbewegung im Lande steht. Und die Leistungen — oder Unterlassungen — der „nationalen“ Regierung sind auf vielen Gebieten nicht dazu angetan, ihr Prestige zu erhöhen. Die regierende Koalition ist in dem Augenblick einer von Bankiers und Industriellen erzeugten Panik zustande gekommen, aber sie wird nur noch künstlich am Leben erhalten. Ein Teil der Liberalen ist schon von ihr abgesprungen, ein Teil der Konservativen steht in offener Front gegen sie, und Macdonald wird von seinen Koalitionspartnern nur deshalb noch eine Weile geduldet, weil seine Ausbohrung Neuwahlen zur Folge hätte, die die Konservativen gegenwärtig scheuen.

Aber diese Wahlen können jederzeit ausgeschrieben werden, eben weil die Koalition innerlich morsch und brüchig ist. Und die Arbeiterpartei rüstet für diesen Kampf, politisch, organisatorisch und finanziell. Sie hat ihren Parteitag bewußt in dem Sinne abgehalten, als wäre er der letzte vor der neuen Volksbefragung, während ja theoretisch Neuwahlen erst 1936 stattfinden müßten. Sie hat schon jetzt beschlossen, Kandidaten in fast allen Wahlkreisen aufzustellen und verkündet als ihr stolzes, geradezu tollkühn anmutendes Ziel, ihre Wählerziffern zu verdoppeln — das wären 13 Millionen statt der 6½ Millionen im Jahre 1931 — und ihre Mandate zu verachtfachen — 400 statt gegenwärtig 51 —, mit anderen Worten, die Rollen im künftigen Unterhaus mit den Konservativen zu vertauschen. Zu diesem Zweck soll ein großer Massenfeldzug unter dem Motto: „Sieg und Macht“ einsetzen, für den 5000 Pfund aufgebracht werden sollen. Dabei soll auch das flache Land systematischer als bisher bearbeitet und aufgezährt werden, das bisher den Konservativen ihr Übergewicht sicherte.

Im Sinne dieser Zuversicht und Entschlossenheit hat der Parteitag die Problemstellung mit geradezu suggestiver Kraft auf die Formel gebracht:

Politische Richtlinien für die Partei und ihre Minister im kommenden Labour-Kabinett.

wobei das Wort „wenn“ bewußt ausgeschaltet wurde. Es galt dabei vor allem, die Lehren aus dem letzten Regierungsexperiment der Partei nutzbringend für die kommende Arbeiterregierung anzuwenden: Wie verhindern wir die Sabotage unserer Arbeit durch die Hochfinanz? Wie brechen wir die erwarteten Widerstände des Oberhauses? Wie beschleunigen wir die parlamentarische Maschinerie, um unsere sozialistischen Gesetze schnell unter Dach und Fach zu bringen? Wie sichern wir eine Zusammensetzung des Kabinetts, die die Erwartungen der Mitgliedschaft nicht enttäuscht.

Um gleich mit dem letzten Punkt zu beginnen: Der Schock des Herbstes 1931 wirkt noch in der Partei nach. Wer erlebt hat, wie Macdonald sein Kabinett selbstherrlich nach persönlichen Gesichtspunkten bildete, sich von der Partei, und vor allem von den Gewerkschaften förmlich abkapselte, die Regierungspolitik immer mehr diktatorisch festlegte, mit dem Gegnern heimlich verhandelte, unter weiblich-aristokratischer Einflüsse geriet und schließlich zum Feind überließ, der möchte sich begreiflicherweise gegen jede derartige Eventualität sichern.

Der Kampf der Generationen macht sich eben auch in der englischen Partei bemerkbar. Die Jugend drängt, sie hat den Eindruck, daß die Probleme der Zeit zu schwierig, zu gefährlich und auch zu kräftezehrend sind, um von einer Führerschaft gelöst zu werden, die vielfach das 60., ja sogar das 70. Lebensjahr überschritten hat.

Diese „Sturm- und Drang“-Richtung wird vor allem durch die „Sozialistische Liga“ vertreten, die aus der Unabhängigen Arbeiterpartei hervorgegangen ist. Sie umfaßt hauptsächlich jene früheren ILP-Mitglieder, die

den kommunistenfreundlichen Kurs dieser politischen Gruppe nicht länger mitmachen und die der Gesamtpartei die Treue hielten. Aber sie hat deren frühere Parole:

„Sozialismus in unserer Zeit“

ideologisch übernommen. Unter Führung des früheren Justizministers der Labour-Regierung, Sir Stafford Cripps, und einiger anderer aus der, sagen wir, mittleren Generation wie Wise, Cole und Mellor, ringt sie um die Lösung jener Probleme, die mit Recht vor allem die jüngere, ungeduldige Generation bewegen: Wie schafft man den Sozialismus schnell, wie bricht man die erwarteten Widerstände des Bankkapitals, der Lords? Und darüber hinaus wirft die Liga die Frage auf, die seit der deutschen Katastrophe auf der gesamten internationalen Arbeiterbewegung wie ein Alpdruck lastet: Ist die parlamentarische Demokratie, ist die Demokratie überhaupt heutzutage noch ein Befreiungsinstrument für die Arbeiterklasse? Ist der Sozialismus allein mit den traditionellen Mitteln der Demokratie zu verwirklichen? Sollen wir, wo die Erfahrung lehrt, daß die kapitalistische Reaktion die faschistische Gewalt anwendet, sobald ihre Bollwerke bedroht sind, die Opfer unserer demokratischen Ideologie werden, ähnlich wie die deutsche Arbeiterklasse?

Die Gewerkschaften hatten schon auf ihrem Kongreß in Brighton vor dieser Propaganda gewarnt, die Wasser auf die Mühlen der konservativen Reaktion liefert. Der Brightoner Kongreß hatte sich eindeutig und nahezu widerspruchslos zur Demokratie bekannt.

Auch der Parteikongreß in Hastings hat sich gegen jede Konzession an die Ideologie der Diktatur ausgesprochen.

Der Fehlschlag der Demokratie in Deutschland, verursacht durch den Mangel an demokratisch-parlamentarischer Erfahrung, durch die Spaltung der Arbeiterklasse, durch die besondere Lage Deutschlands als Objekt des Friedensvertrages und als Brennpunkt der europäischen Wirtschaftskrise bedeutet nicht, daß diese Regierungsform auch im Mutterland der Demokratie und des Parlamentarismus, in Großbritannien, nichts taugt.

Das hatten schon auf der Pariser Konferenz Vandervelde und Friedrich Adler in ihren einleitenden Referaten, Hugh Dalton, Vought, Andersen und Renaudel in der Diskussion als Vertreter älterer Demokratien festgestellt.

Davon abgesehen, ist es nicht überaus gefährlich, mit diktatorähnlichen Parolen zu operieren und Verfassungskonflikte in einem Augenblick an die Wand zu malen, in dem die Konservativen allein über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügen? Gibt man ihnen damit nicht ein Stichwort, nicht nur, um im späteren Wahlkampf den Bürgerschreck der Diktatur des Proletariats heraufzubeschwören, sondern auch, um sogar das Präventiv zu spielen, indem sie ihre gegenwärtige parlamentarische Uebermacht mißbrauchen? Schon machen sich bei den Konservativen Stimmen für eine Wiederkehr der früheren Obstruktionsrechte des Oberhauses bemerkbar.

Deshalb ist die große Mehrheit des Kongresses von Hastings den temperamentvollen Warnungen des früheren Bergbauministers Shinwell, des früheren Transportministers Herbert Morrison, des Führers der Transportarbeiter Bevin — übrigens lauter Vertreter der mittleren Generation — gefolgt, die davon abrieten, die künftigen Labour-Minister von vornherein auf Richtlinien festzulegen, die unabschbare Verfassungskonflikte und Kraftproben mit der Krone leicht zur Folge haben könnten.

Cripps und seine Freunde sind klugerweise einer namentlichen Abstimmung über ihre Anträge ausgewichen und ebenso klugerweise hat ihnen Lansbury im Namen des Parteivorstandes diesen Rückzug dadurch erleichtert, daß er die Prüfung der Vorschläge der Liga durch die Exekutive bis zum nächsten Parteitag zusagte.

Die außenpolitischen Ergebnisse

nahmen einen breiten Raum ein, wobei naturgemäß, schon der Aktualität wegen, die Liga in Oesterreich im Vordergrund stand. Die sofortige Entsendung mehrerer führender Männer der Partei- und Gewerkschaftsbewegung

nach Wien wurde als Demonstration der Solidarität beschlossen. Aber die Erörterung der Lage in Deutschland,

der weltpolitischen Gefahren des Hitlerismus und der Hilfe für die Opfer des Hitler-Terrors kam dabei keineswegs zu kurz. Die Märtyrer des braunen Regimes wurden durch eine eindrucksvolle Kundgebung besonders geehrt. Der Appell, den Matteotti-Fonds zu stärken, fand lebhaften Widerhall. Es entstand in diesem Zusammenhang eine ziemlich gereizte Debatte wegen der Beteiligung mancher namhafter Parteimitglieder an Hilfskomitees, von denen behauptet wird, daß sie mehr der kommunistischen „Einheitsfront“-Propaganda als der eigentlichen Hilfe dienen.

Eines der schwierigsten taktischen Probleme für die Labour-Party ist das der außenpolitischen Schlußfolgerungen, die aus den Ereignissen der letzten Monate zu ziehen sind. Jahrelang hat sie die Revision des Friedensvertrages und die Abrüstung gefordert. Es ist nicht leicht, der Wählerschaft plausibel zu machen, daß sich seit und durch Hitler die Lage grundlegend geändert hat, und daß diese früheren Parolen gegenüber dem jetzigen Deutschland einer vorübergehenden Revision bedürfen. Denn die Engländer, mehr noch als andere Völker, brauchen Zeit, um sich umzustellen. Ein Nachlassen in der Abrüstungspropaganda der Arbeiterpartei würden außerdem die Rüstungsindustriellen sofort für ihre eigennützigen Zwecke ausnutzen. Schon sind in Birmingham bei den Konservativen Stimmen für eine Rüstungsvermehrung und für eine Abkehr vom Völkerbundpazifismus laut geworden. So hat sich der Kongreß in Hastings hinter Arthur Henderson gestellt, dessen Erfolg in Genf geradezu eine Prestigefrage für die Partei geworden ist. Aber es fehlt nicht an einflussreichen Männern auch in der Arbeiterbewegung, die unter vier Augen zugeben, daß mit Pazifismus allein der von Hitler geschaffenen neuen Kriegsgefahr in Europa nicht beizukommen ist und daß die bisherigen Parolen der Vertragsrevision und der Gleichberechtigung ihren Sinn verloren haben, seitdem im Herzen Europas eine militaristische Barbarei entfesselt ist.

Muchow und sein Nachfolger

Vor einigen Wochen ist der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Muchow, eines der übelsten Gestalten der nationalsozialistischen Führerclique, der verantwortlich ist für die Aushungerung tausender marxistischer Funktionäre mit Frauen und Kindern bei einem Saufgelage in Bacharach von dem Sturmbannführer Mehrling erschossen worden. Anwesend bei dem Gelage war der berühmte Schläger und Säufer Dr. Ley, und die Ursache des Attentats war eine Eifersuchtszene zwischen dem Ermordeten und dem Mörder. Einzelheiten über die wüsten Vorgänge, die sich in der „Pfalzgrafenschänke“ in Bacharach abspielten, sind von einem Augenzeugen im „St. Galler Tagblatt“ (Nr. 443) veröffentlicht worden. Die deutsche Presse jedoch durfte über den wirklichen Verlauf der Dinge kein Wort bringen, da sonst der Heiligenschein, mit dem sich die saufende und brennende Führerclique der Nazis umgeben pflegt, arg ramponiert worden wäre. Dabei passierte allerdings der Betriebsunfall, daß die „Gastronomische Zeitung“ mitteilte, Herr Muchow sei bei einem Kraftwagenunfall ums Leben gekommen.

Jetzt bringt die Presse die Mitteilung, daß als Nachfolger Muchows der Leiter der Pfälzischen NSBO, Reichstagsabgeordneter Claus Selzner ernannt worden ist. Selzner ist der Öffentlichkeit bekannt geworden durch sein Programm, das der Arbeiterschaft zur Lösung der sozialen Frage — Kaninchenzucht empfiehlt. Kaninchen im Stall machen nach seiner Meinung den Arbeiter „krisenfest“. Außerdem empfiehlt er zur Sanierung der Reichsfinanzen eine Kopisteuer. Kaninchenzucht und Kopisteuer hält Selzner für „praktischen Sozialismus“. So sieht der derzeitige Leiter der Deutschen Arbeitsfront aus!

„Preußischer Sozialismus“

Im Korn-Verlag, Breslau, erschien ein Buch mit dem Titel „Preußischer Sozialismus“, in dem das Ziel der nationalsozialistischen Erneuerung durch folgenden lapidaren Satz gekennzeichnet wird:

„Am Ende der deutschen Revolution steht nicht mehr der Arbeiter und überhaupt der Vortritt eines Standes oder anderer Stände, sondern am Ende der deutschen Revolution steht der Soldat.“
Und Thyssen.

Haben Sie schon gehört?

„Die Zigarettenfabrik K. bringt nächstens eine neue Bilderserie: Ministerpräsident General Göring in Uniform. 178 verschiedene Bilder!“
„Ja, ja! Unser Lametta-Hermann!“

Unsere Antwort an die Hochverräter

Am 22. Juli beantragte der Preußische Ministerpräsident Göring beim Reichskabinett den Erlaß eines Gesetzes, das die Hersteller hochverräterischer Druckschriften im Ausland und ihre Verbreiter im Inland mit dem Tode bedroht. Das Reichskabinett hat diesen Antrag, den die ganze Welt als das Produkt eines kranken Despotenhirns mit Abscheu zurückwies, am 4. Oktober zum Beschluß erhoben.

Dieser Beschluß ist ein Beweis dafür, daß die gegenwärtigen Machthaber den wachsenden Schwierigkeiten des kommenden Winters mit tiefer Unruhe entgegensehen, und daß sie vor der Wahrheit eine panische Angst empfinden. Um ihr Eindringen zu verhindern, schrecken sie vor keinem Verbrechen zurück.

Niemand kann in Deutschland wegen Hochverrats zu Recht verurteilt werden, es seien denn die gegenwärtigen Machthaber selbst. Sie haben unter der betrügerischen Vorspiegelung, eine sozialdemokratisch-kommunistische Einheitsfront habe den Reichstagsbrand angestiftet, einen gewalttätigen Ueberfall auf die Sozialdemokratische Partei unternommen, die damals in der Verteidigung der bestehenden Verfassung ihre Hauptaufgabe erblickte. Sie haben tausende und abertausende deutscher Volksgenossen aus keinem anderen Grunde, als weil sie treu zur Verfassung standen, ermorden, foltern und in die Konzentrationslager sperren lassen. Sie haben die Verfassung, die sie beschworen hatten, nicht nur gebrochen, sondern bis auf den letzten Rest vernichtet und dem Volke alle Rechte geraubt, selbst diejenigen, die schon in der Monarchie sein sicherer Besitz waren. Ja, sie haben den obersten Grundsatz jedes Rechtsstaates, die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz, aufgehoben und aus Deutschland eine Despotie gemacht, wie die Welt seit Jahrhunderten keine mehr kannte.

Hochverrat begeht, wer die Verfassung gewaltsam zu ändern versucht. Wo ist die Verfassung des Deutschen Reiches, die gewaltsam geändert werden könnte? Es gibt keine feste Rechtsnorm mehr, nach der das deutsche Volk regiert wird, sondern nur noch eine Herrschaft der Willkür und des Verbrochens.

Die nationalsozialistische Partei spricht sich selber das Recht zu, ihre Gegner durch Meuchelmord zu erledigen. Sie hat in zahllosen Fällen, zuletzt durch das Attentat auf den österreichischen Bundeskanzler Dollfuß, von diesem angemaßten Recht Gebrauch gemacht. Der Beschluß des Reichskabinetts, der den Antrag Göring zum Gesetz erhebt, ist weiter nichts als ein Versuch, den Mord an politischen Gegnern durch Mißbrauch der Justiz zu legalisieren. Wer sich an diesem Versuch beteiligt, ist in den Augen aller rechtlich denkenden Menschen ein gemeiner Mörder und wird, sobald in Deutschland wieder geordnete Rechtszustände eingekkehrt sind, als solcher behandelt werden.

Mit ihren Blutgesetzen werden die Despoten die notwendige Entwicklung nicht aufhalten. Durch Uebersteigerung von Willkür und Gewalt werden sie nur schneller den Tag herbeiführen, an dem sich das deutsche Volk von der namenlosen Schande dieser Verbrecherherrschaft befreien wird.

Prag, den 8. Oktober 1933.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abrüsten — wer?

Frankreichs Kampf um Probezeit und Kontrolle

R. B., Paris, 11. Oktober.

Niemand vermag heute das Schicksal der Abrüstungskonferenz vorauszusagen. Ob sie zu einem Ergebnis führen, oder ob sie scheitern wird, das ist wenige Tage vor dem auf den 16. Oktober angesetzten Termin des Zusammentritts der Generalkommission der Konferenz noch völlig unklar.

Kein Zweifel, daß die Regierungen Frankreichs, Englands, der Vereinigten Staaten und Italiens ein Gelingen ernsthaft anstreben, und es ist nebenbei gesagt eine grobe Unwahrheit, wenn man in Deutschland behauptet, daß gerade das französische Kabinett Schwierigkeiten auf Schwierigkeiten häufe. Aber die große Frage ist die, ob die genannten Mächte eine gemeinsame Basis finden, und ob Hitler dann bereit sein wird, auf diesen Boden zu treten.

Die der Pariser Regierung nahestehende Presse hat in den letzten Wochen voller Befriedigung immer wieder die Verständigung mit Großbritannien als eine vollzogene Tatsache hingestellt. Die Öffentlichkeit kennt jedoch die Einzelheiten dieser Abmachungen nicht, und wir gehen wohl in der Annahme nicht fehl, daß zunächst nur ein Rahmen geschaffen worden ist, der einen Spielraum für die Lösung der Detailprobleme läßt. Einzig ist man sich auch mit Amerika und Italien — über die Einrichtung einer dauernden internationalen Kontrolle, die die Engländer übrigens lieber Supervision (Beaufsichtigung) nennen, ferner über eine Probezeit, in der das Funktionieren der Kontrolle festgestellt werden soll, und in der außerdem mit der Herabsetzung der Effektivbestände zu beginnen wäre. Indessen sind offenbar noch keine bindenden Verabredungen getroffen über die Kontrollmethode, über die Dauer der Probezeit und über Tempo und Umfang der in diesem Zeitraum durchzuführenden Verminderung der Truppenzahl.

Diese Lücken und Ungewißheiten geben der französischen Oppositionspressen Anlaß und Möglichkeit zu heftigen Angriffen gegen das Kabinett und insbesondere gegen den Außenminister Boucœur, dem ohne alle Umschweife Verrat der nationalen Interessen vorgeworfen wird. Die Aufregung dieser Kreise hat sich nach dem Bekanntwerden der deutschen Antwortnote noch gesteigert. Sie sehen in der Tatsache, daß Deutschland seine Verbalnote nur in Rom und London überreicht hat, eine Brückierung Frankreichs, und sie befürchten, daß Daladier unter dem Druck des britischen Kabinetts, das unter allen Bedingungen ein Flasko der Konferenz vermeiden wolle, zu weiteren Zugeständnissen bereit sein werde.

Nun wäre es falsch, den politischen Einfluß der Zeitungen, die zum Teil von der Rüstungsindustrie subventioniert werden, zu überschätzen. Das in seiner großen Mehrheit friedenswillige französische Volk wird sich nicht so leicht in ein Abenteuer hineinreißen lassen, und so wenig es Hitler traut, so erkennt es doch die Gefahren, die ihm aus dem Scheitern der Konferenz mit Naturnotwendigkeit folgenden internationalen Wettüsten erwachsen würden. Die französische Regierung gibt sich auch alle Mühe, eine Panikstimmung nicht aufkommen zu lassen, aber auf der anderen Seite sind ihrem Entgegenkommen an Deutschland eventuell auch an Großbritannien Grenzen gesetzt, die sie schlechterdings nicht überschreiten kann.

Die Ueberzeugung, daß der Nationalsozialismus vertragswidrige Rüstungen vornimmt, daß die braunen Sturmtruppen militärisch zu werten sind, daß der Geist, der im Dritten Reich großgezogen wird, eine schwere Bedrohung des Friedens bedeuten, ist in Frankreich allgemein. Die friedfertigen Versicherungen der Hitler, Göbbels usw. werden von niemandem geglaubt. Man hofft durch ein Rüstungsabkommen die Gefahr bannen oder zum mindesten verringern zu können. Man will ein Abbrechen der Brücken zu den andern Mächten wenn irgend möglich verhüten (daher auch die eilige Zustimmung zu den italienischen Anregungen über die wirtschaftliche Organisation des Donaubeckens), doch alle diese Erwägungen werden die französische Regierung nicht bestimmen können, auf eine wirklich ernsthafte Kontrolle, auf eine nennenswerte Herabsetzung der einstweilen für vier Jahre vorgesehenen Probezeit, oder auf ihren Widerspruch gegen die sofortige Ueberlassung von „Proben“ der im Friedensvertrag verbotenen Waffen an Deutschland zu verzichten. Das würde für das Kabinett Daladier, das ohnehin schon genug mit den aus dem Budgetdefizit herrührenden innerpolitischen Schwierigkeiten

zu kämpfen hat, verhängnisvoll werden, und der Abrüstungsgedanke überhaupt wäre damit auf lange Zeit begraben.

Auch der Versuch Mussolinis, eine Besprechung der Unterzeichner des Viermächtepakts einzuschleichen, findet in Paris wenig Gegenliebe, solange man nicht der Unterstützung durch Italien und England sicher sein kann, und so ist eben alles im unklaren und ungewissen. Die Bereitwilligkeit zu einer Einschränkung der Rüstungen ist bei den Siegermächten heute ohne allen Zweifel größer als je zuvor. Aber im Gegensatz zu den vergangenen Jahren liegen die Hindernisse heute bei

Deutschland, dessen Politik es fertig gebracht hat, daß die öffentliche Meinung in allen Ländern die lebhaften Bedenken gegen eine Abänderung des Friedensvertrages hegt, die zu der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands führen könnte. Das gilt, wie ausdrücklich hervorgehoben sein mag, auch für England, wo Macdonald, selbst wenn er den Wunsch hat, Frankreich zu weiteren Zugeständnissen zu veranlassen, bei dem größten Teil der Bevölkerung, und nicht zuletzt bei der konservativen Partei, auf die sich seine Regierung in der Hauptsache stützt, auf starken Widerstand stoßen wird.

Wie das Ausland urteilt

Austen Chamberlain gegen Hitler

Gegen die Schande der Judenverfolgung

In der Albert-Hall in London, in der sich am 3. Oktober Tausende zu einer antifaschistischen Kundgebung zusammenfanden, in deren Mittelpunkt Einstein stand, wandte sich Sir Austen Chamberlain, der frühere langjährige Außenminister, in scharfen Worten gegen das deutsche Terrorregime. Er sagte u. a.:

„Sie, die Sie in diesem Saale sind und ein mittleres Alter erreicht haben, Sie, die Sie auf eine bestimmte Laufbahn hin studierten, wenn Sie um ihrer Haarfarbe willen plötzlich auf die Straße geworfen würden, wenn man Ihnen die Ausübung ihres Berufes verböte — so wäre das vielleicht unvernünftiger, aber weniger abscheulich als das, was gegenwärtig in Deutschland geschieht. Stellen Sie sich vor, daß Ihren Kindern, die Sie dazu erzogen haben, als anständige und nützliche Bürger des Landes, ihre Pflicht zu tun, mitgeteilt würde, die Laufbahn, für die sie arbeiten, sei ihnen verschlossen und wenn sie in ihrem Geburtslande bleiben wollten, könnten sie nur Holzhauser und Wasserträger für einen Teil ihrer Landsleute sein, die sich für höherstehend erklärten.“

Ich kann mir kaum vorstellen, daß Kunst und Wissenschaft von einer schlimmeren Tragödie getroffen werden könnten als sie in diesen Tagen des zwanzigsten Jahrhunderts die Achtung einer ganzen Rasse bedeutet, die sich in jedem Lande und zu allen Zeiten in Künsten und Wissenschaften ausgezeichnet hat. Wir können protestieren — wir können es nicht ändern. Aber wir können einiges tun, um die Leiden zu mildern, die so sinnlos verursacht wurden, und um einer menschlichen Rasse die Entfaltung jener Gaben zu ermöglichen, mit denen Gott seine Geschöpfe ausgestattet hat, ob sie in dem einen oder in dem andern Land geboren sind.

Garnicht so lange Zeit zuvor hätten wir diesen Saal genau so dicht wie heute Nacht mit einer Versammlung füllen können, die ihrer Sympathie für Deutschland Ausdruck zu geben wünschte, da viele meiner Landsleute meinten, daß wir und andre Nationen unsere Pflicht gegen dieses Land nicht recht erfüllt hätten.

Weichen Wandel haben einige kurze Monate geschaffen! Die Revolution wurde durch die deutsche Regierung gemacht, und diese Halle ist heute Nacht mit Menschen gefüllt, die nicht gekommen sind, um der deutschen Regierung und denen, die sie repräsentiert, Sympathie zu bekunden, sondern um mit denen zu sympathisieren und um denen zu helfen, die von dieser Regierung aus ihrem Lande vertrieben wurden.“

Italien warnt!

Ungarn distanziert sich

„Popolo d'Italia“, das Blatt Mussolinis, bringt einen Aufsatz, der von der ganzen italienischen Presse abgedruckt wird und der um so größeres Aufsehen erregt, als man annimmt, daß er vom Duce selber geschrieben ist. In diesem Aufsatz wird Deutschland ausdrücklich von den „vielen, allzu vielen Demonstrationen“ gewarnt, die alle Nachbarn beunruhigen, und dann weiter gesagt:

Mit aller notwendigen Bescheidenheit müssen es sich unsere deutschen Freunde gesagt sein lassen, daß es im ureigensten Interesse des Dritten Reiches an der Zeit ist, die Einheit in den Direktiven und im Kommando wiederherzustellen und die Un-

terführer an der Peripherie zur Ruhe zu rufen. Ansonsten wird der überstürzte Wirbel mehr oder minder glücklicher Initiativen und mehr oder minder intelligenter Befehle damit enden, daß eine äußerst bedauernde Konfusion angerichtet wird. Noch schärfer äußert sich der regierungsamtliche „Pester Lloyd“:

Man wird in Deutschland verstehen müssen, daß unser Land grundsätzlich und unverrückbar auf dem Boden der Freiheitsrechte, also speziell auch der freien Meinungsäußerung und der Pressefreiheit, steht, und daß es mit der ungarischen Presse — bei allen unerschütterlichen Freundschaftsgefühlen für das mächtigste Volk — nicht verwehrt sein kann, ihrer Auffassung über Ereignisse Ausdruck zu verleihen, die diese Frage nahe berühren...

Von unten herauf kam der Drang zur Ausrottung mißfälliger Ideen. Die Studentenschaft war es, die ungezählte Tausende von Büchern auch der edelsten deutschen Dichter und Denker auf dem Schellerhaufen verbrannte. Wie diese Autodafés auf die übrige Menschheit wirkten, darüber wäre es müßig, auch nur ein Wort zu verlieren. Die Schellerhaufen der Bücher sind nunmehr ausgebrannt, aber der Geist, der sie aufflammen ließ, lebt noch weiter. Er lebt weiter in den Gesetzen, die jeden freien Gedanken, der sich nicht gleichschalten ließ, verpönten und verfolgten.

Ungarn, als „Freiheitshort“, blickt halb mitteilidig, halb verächtlich auf den deutschen Sklavenstaat herab... Selbst Ungarn!

Rebellion der Lummel

H. G. Wells, einer der geistreichen sozialistischen Schriftsteller des heutigen England, sprach sich in einem kleinen, auserwählten

Kreis scharf gegen die blutige Unduldsamkeit des Hitlerregimes aus. Er sagte u. a.:

„Ist je ein Buch durch Verbrennen getötet worden? Ich glaube es nicht. Denn, einmal gedruckt, hat ein Buch eine Vitalität, die die aller menschlichen Wesen weit übersteigt. Ich wünschte, es wären nur Bücherverbrennungen, in denen die Intoleranz ihrer Boshelt Luft machte. Unglückseligerweise macht sie nicht immer bei Bücherverbrennungen halt. Sie schlägt meist jene, die sie lesen, schreiben und verbreiten. Die sind verwundbarer.“

Gerade jetzt ist in manchen Weltgegenden eine Epidemie der Unduldsamkeit ausgebrochen, die widerliche und ungewöhnliche Formen annimmt. Es ist ja ganz schön für einen sehr erfolgreichen und verwöhnten Schriftsteller voll radikaler Ideen, wie ich es bin, in kühner und witziger Art über Bücherverbrennungen zu plaudern, aber es ist ein ganz anderes Unterfangen in Rußland, in Italien und in Deutschland — vor allem in Deutschland. In Deutschland betreibt der radikale Schriftsteller und der echte, ehrliche Schriftsteller ein abenteuerliches und gefährliches Handwerk. Er wird verfolgt und umhergestoßen. — Das deutsche Geschehen ist kein Pogrom. Die Juden hört man am meisten, aber es sind nicht nur die Juden, die leiden.“

„Mir scheint das, was da geschieht, mehr als alles andre eine Rebellion plumper Lummel gegen die Zivilisation zu sein, die Revolution plumper Lummel gegen das Denken, dem gesunden Menschenverstand, gegen die Bücher. Und nicht nur in Deutschland, schwindet die weitgespannte Duldsamkeit, mit der das Jahrhundert begann, dieser Zug geht über die ganze Welt. Aber eines weiß ich sicher: auf die Dauer werden die Bücher siegen. Die plumpen Lummel werden zu Fall gebracht werden. Auf die Dauer wird der gesunde Verstand mit all den schreienden, keifenden Helden aufräumen. Menschen mögen leiden und Menschen mögen sterben, aber der menschliche Geist, in Wissenschaft und Literatur verkörpert, schreitet voran!“

Man raubt . . . und man will betrügen

Aus jeder Nummer des „Reichsanzeigers“ ist zu ersehen, in welch gewaltigem Ausmaß Eigentum von Arbeitern, Arbeiterorganisationen und Arbeiterbetrieben geraubt worden ist. Die braunen Herrschaften aber begnügen sich nicht mit dem, was ihnen durch Gewalt in die Hände gefallen ist. Sie versuchen auch durch List angebliche Verpflichtungen von Organisationen und Einzelpersonen einzutreiben. So ergeben z. B. in letzter Zeit vom Verlag J. H. W. Dietz, Berlin und vom Bücherkreis, G. m. b. H., Aufforderungen zur Begleichung von Rechnungen an Stellen, die sich außerhalb der deutschen Reichsgrenzen befinden.

Selbstverständlich wird diesen Aufforderungen keine Folge geleistet. Anständige Menschen verbietet es schon das Ehrgefühl, Räubern bei ihrem ehrlosen Handwerk zu helfen.

Herausgeber: Ernst Sattler, Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia“ Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Zahnarzt S. APATCHEWSKY Erstklassige Ausführung — Spricht deutsch und englisch 24, Av. Friedeland Paris (8e) Fernsprecher: Carnot 38-15 — Métro: Etoile	Zahnarzt Erstklassige Ausführung Sprechstunde nachm. Spricht deutsch 36, rue Doudeauville Paris (18e) Métro (Untergrundbahn): Château-Rouge
--	---

Im Winter kommen Sie nach Paris. Sie werden die größte Wohnlichkeit in diesen zwei Hotels finden

Hotel de Castille (Madelaine) 37 — Rue Cambon Zim. u. Mah. von 55 fr. Fr. Restaurant — Garten	Hotel Cambon (Champs-Elysées) 3 — Rue Cambon Zim. u. Mah. von 45 fr. Fr. Familienleben — Billig und behaglich
---	---

Wenn Sie ein Haus oder ein Geschäft irgendwo in England kaufen oder verkaufen wollen „so schnell wie möglich“ schreiben Sie an

Thomas & Francis
Häuser- und Güteragenten, 42, Grove Road, South Woodford
London, E. 18. Groß-Britannien

Die Alliance Francaise 101, Bd. Raspail Paris (6)

Die praktische Schule für die franz. Sprache
veranstaltet im Oktober: 1. einen Tageskurs, der besteht aus 15 Stunden wöchentlich für praktische Übungen in der franz. Sprache, 50 Vorträgen und 10 Vorträgen mit Führungen in Paris und Umgebung; Preis 180 Franks für einen Monat;
2. Abendkurse, die jeden Abend stattfinden, außer Sonnabend und Sonntag. Der Kursus am Mittwoch dient im allgemeinen dem kaufmännischen Sprachunterricht. Preis: 100 Franks für einen Monat, 350 Franks für 5 Monate. Nähere Auskunft erteilt der Direktor Robert Dupouey, 101 Bd. Raspail Paris (6).

Werbt für den Neuen Vorwärts!

Sieht so ein Führer aus?

Nicht einmal photographieren lassen kann er sich! — Man denke an die bekannten Bilder Mussolinis, die den „Duce“ in imperatorischer Geste zeigen und vergleiche sie mit diesen lächerlichen Momentaufnahmen kleinbürgerlicher Verlegenheit, die die gleichgeschaltete Presse veröffentlichte, ohne wegen „Verächtlichmachung“ verboten zu werden.



Er nimmt den Spaten in die Hand



Er tut den ersten Spatenstich



Er beguckt, was er nicht versteht



„Küß die Hand, Euer Gnaden!“

Antifaschismus und Antikapitalismus

Von Hendrik de Man

Im Verlauf der zehn Jahre, die ich in Deutschland verbrachte, habe ich den Aufstieg und den Triumph des Hitler-Faschismus miterlebt. Ich habe den sozialistischen Widerstand zuerst Stück für Stück abbrechen und dann zusammenbrechen gesehen; ich habe alle Höhepunkte dieses schmerzlichen Kampfes mitangesehen — doppelt schmerzlich für mich, weil ich ebenso überzeugt war von der Möglichkeit unseres Sieges wie von der Unzulänglichkeit der Mittel, mit denen wir ihn anstrebten.

Nun, da ich nach der Niederlage als Emigrant in meine Heimat Belgien zurückgekehrt bin, beschäftigt mein ganzes Denken eine Frage: Wie kann man verhindern, daß der ganze europäische Sozialismus ein solches Schicksal erleide?

Auf die Gefahr hin, von manchen mißverstanden zu werden, sage ich, daß meiner Meinung nach der internationale Sozialismus einen schweren Fehler beging, wenn er seine ganze Aktion ausschließlich unter die Parole des Antifaschismus stellte. Ich sage das, obgleich ich der faschistischen Gefahr nicht weniger, sondern mehr Bedeutung zumesse, als die Mehrzahl der Sozialisten, die den Faschismus allzu oberflächlich betrachteten.

Für oberflächlich halte ich die Auffassung, die den Antifaschismus lediglich als Aktion zur Verteidigung der bestehenden demokratischen Freiheiten betrachtet; oder als parlamentarische Politik, die die Gegensätze zwischen den Faschisten und den anderen bürgerlichen Parteien ausnützt; oder als Funktion einer besonderen Selbstschutzorganisation, die jedes terroristische Beginnen der faschistischen Banden im Keime ersticken soll.

Aber sind nicht gerade das die Gedankengänge, in die sich die antifaschistische Ueberzeugung der Mehrzahl der westeuropäischen Sozialisten einordnen läßt? Und, was noch beunruhigender ist: diese Aufzählung entspricht genau den Methoden, die die deutsche Sozialdemokratie ohne Erfolg angewendet hat!

Sie hat ihre Tolerierungspolitik gegenüber den bürgerlichen Regierungen vor Hitler damit gerechtfertigt, daß man die Gegensätze unter den Gegnern ausnützen müsse. Sie hat damit dem Faschismus nur den Vorwand geliefert, die Sozialdemokratie mit der ganzen Unpopularität eines ohnmächtigen und verfallenden Regimes zu belasten; sie hat nicht verstanden, daß eine „demokratische“ Regierung, die sich auf die schwache Grundlage solcher parlamentarischer Koalitionen stützte, ein viel sicherer Wegbereiter für Hitler war, als eine starke, offen reaktionäre Regierung, gegen die die Sozialdemokratie in kräftiger Opposition gestanden wäre.

Der faschistische Kritik dieses Regimes hat die Sozialdemokratie die Verteidigung der bestehenden demokratischen Verfassung entgegengesetzt. Damit hat sie nur erreicht, daß jede Aktion, diese falsche kapitalistische Demokratie in die wahre soziale Demokratie zu verwandeln, gehindert und die Spaltung unter den Arbeitern, von denen die einen unter der roten, die andern unter der schwarzrotgoldenen Fahne marschierten, unheilbarer wurde.

Endlich hat sie geglaubt, es genüge, um die Gefahren der Hitler-Miliz im Keime zu ersticken, auf eine Gegenmiliz zu vertrauen. Zu spät hat man bemerkt, daß diese Taktik im Widerspruch mit jener der Verteidigung der Verfassung stand, die doch für die beiden Milizen nur die gleiche Freiheit gewähren oder das gleiche Verbot aussprechen konnte. In der Tat hat die Militarisierung der politischen Kämpfe den Fortschritt des Faschismus nur beschleunigt, da sie den Kampf auf das vom Gegner gewählte Terrain verlegte und den Antifaschismus selbst zum Mittel machte, durch das der Faschismus Aufsehen zu erregen, Lärm zu machen und für seine Dreschmethoden zu werben vermochte.

Kurz, man beging den Grundirrtum, zu übersehen, daß man, um ein Uebel zu überwinden, seine Ursachen beseitigen und nicht bloß seine Symptome bekämpfen muß.

Es wäre ein schweres Unrecht, den deutschen Arbeitern und den Führern der deutschen Sozialdemokratie nachzusagen, sie hätten es gegenüber der faschistischen Gefahr an Willen zum Widerstand fehlen lassen. Sie verdienen manchen Vorwurf, aber diesen nicht. Seit sieben oder acht Jahren habe ich oft genug und offen genug ihr Verhalten kritisiert, so daß ich nicht mißverstanden werden kann, wenn ich aus persönlicher Kenntnis und Erfahrung heraus behaupte, daß der Fehler der sozialdemokratischen Führer nicht darin lag, die faschistische Gefahr zu unterschätzen. Vielmehr haben sie sich eher von den unmittelbaren Erscheinungsformen dieser Gefahr allzusehr gefangennehmen und von einer Politik auf lange Sicht, die sich gegen die tieferen Ursachen gerichtet hätte, abhalten lassen. Man hat den Kampf gegen den Faschismus geführt, man hat alle Kraft, deren man fähig war, in diesem Kampf angewendet — aber man hat die Ziele dieses Kampfes und infolgedessen die Mittel schlecht gewählt.

In diesem Kampf haben die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter Deutschlands eine Hingabe und einen Opfermut an den Tag gelegt, die denen ihrer Genossen in keinem andern Lande nachstehen. Sie haben, nach Jahren schwerer Krise, am Brot ihrer Kinder gespart, um ihre Beiträge zahlen zu können; sie haben sich während der Wahlkämpfe Tag und Nacht gerackert; sie haben Dienst gebrummt wie die Rekruten, um dem Reichsbanner eine beachtenswerte militärische Kampfkraft zu geben. Nur leider: alle diese Opfer waren umsonst, weil der Kampfwille, der sie beseelte, in der falschen Richtung wirkte. Die Strategie der Führer bewegte sich auf dem für den Gegner günstigen Kampfterrain und vernachlässigte, aus Mangel an Vorstellungskraft und schöpferischer Kühnheit, den Boden, auf dem der Sozialismus unüberwindlich gewesen wäre.

Man hat eine Verteidigungsschlacht um zerfallende Stellungen geschlagen — statt einer Angriffsschlacht um neue Positionen.

Man hat sich von dem Grundsatz des kleineren Übels leiten lassen statt von dem Grundsatz des größtmöglichen Guten. Man hat vergessen, was Brailsford jüngst in einem Artikel schrieb: „Die Demokratie ist ein Ziel, das wir erobern, nicht ein Besitz, den wir verteidigen müssen.“ Und weiter: „Man kann die Demokratie nur verteidigen, wenn man den Sozialismus erobert.“ Je mehr man die Gefahr des Hitlertums wachsen sah, desto weniger hat man erkannt, daß, um sie zu besiegen, nicht der Antifaschismus das richtige Mittel war, sondern der Sozialismus.

Die antifaschistische Verteidigungsaktion erreicht nur die Symptome; nur die sozialistische Offensivaktion ermöglicht, das Uebel an den Wurzeln zu packen.

Warum wird der Faschismus der sozialistischen Bewegung gefährlicher als irgendeine der früheren reaktionären Bewegungen? Der tiefste Grund liegt darin, daß der Faschismus eine reaktionäre Bewegung ist, die vom Mißbrauch revolutionärer Empfindungen lebt. Die faschistische Demagogie macht ihren sozialreaktionären Zwecken die antikapitalistischen Stimmungen der Mittelschichten dienstbar. So wendet sich die soziale Unzufriedenheit, die der Kapitalismus in seiner Zerfallskrise erzeugt, gegen den Antikapitalismus der Arbeiterklasse.

Dieses Zurückschlagen der Flamme bedeutet den grundlegenden Widerspruch, der an der Wiege des Faschismus steht, und ihm entspricht die Grundfrage, die der sozialistischen Aktion gestellt ist: Wie kann man den Antikapitalismus der Mittelschichten zu unseren gemeinsamen Zielen hinlenken, um zu verhindern, daß er zum Werkzeug der nationalistischen, anti-proletarischen und antisozialistischen Reaktion werde? Die Lösung dieses Problems ist nicht ein Zurückziehen der Sozialisten auf beschränktere Stellungen, sondern eine scharf antikapitalistische Aktion, die kühn zu neuen Zielen vorwärts strebt.

Zuschriften an die Redaktion

Alle Zuschriften an die Redaktion nur nach Prag, Palackého třída 24, an Redaktion des „Neuen Vorwärts“, Tel. 37.622, Sopade, erbeten.

Brauner Bettelstaat!

Wachsendes Defizit — Spendenerpressung statt Steuern Banken gegen Sparkassen

Zum erstenmal ist der Augustausweis über die Steuereinnahmen des Reichs auf einen weniger versichtlichen Ton gestimmt. Freilich wird noch immer nicht offen zugegeben, daß die Einnahmen Monat für Monat hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind. Aber die Erklärungen, die für diese Rückgänge gegeben werden, sind so offenkundig falsch, kindisch oder an den Haaren herbeigezogen, daß selbst dem Leichtgläubigsten die Wahrheit kaum verborgen bleiben kann.

Charakteristisch ist und für die Wirtschaftslage besonders bezeichnend, daß die Zölle und Verbrauchssteuern in ihrem Ergebnis noch stärker zurückgeblieben sind als die Besitz- und Verkehrssteuern. Sie lieferten im August nur 533.2 Millionen gegen 538.6 im Vorjahr. In den ersten fünf Monaten des Etatsjahrs brachten gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr weniger: Zölle 67.1, Tabak 13, Biersteuer 15.7 Millionen Mark. Die Salzsteuer brachte erst 19 Millionen gegenüber einem Jahres-Soll von 65 Millionen.

Der Rückgang bei den Zöllen ist einerseits eine Folge der anhaltenden

Schrumpfung des deutschen Außenhandels,

andererseits der Beweis, daß die deutschen Zölle schon so unsinnig hoch geworden sind, daß sie die Einfuhr zum Teil vollständig verhindern und infolgedessen keine Erträge mehr liefern. Die Uebersteigerung des Protektionismus führt so zu einer direkten Gefährdung des Gleichgewichts im Etat. Den Rückgang bei der Tabaksteuer erklärt das Finanzministerium wohl zutreffend aus dem Uebergang des Verbrauchs zu billigeren Sorten, was ja nur der Ausdruck der

Verschlechterung der allgemeinen Lebenshaltung

ist. Kindisch ist es dagegen, den Rückgang bei der Biersteuer auf Verbrauchswandlungen zurückzuführen, da diese doch nicht gerade in den letzten fünf Monaten eingetroten sind oder sich verschärft haben. Vielmehr geht aus einem Bericht der rheinisch-westfälischen Braunkohlenindustrie, der auch schon das dritte Quartal dieses Jahres umfaßt, sehr deutlich hervor, daß der Bierabsatz noch eine weitere Verminderung gegenüber dem schon sehr schlechten Vorjahr erfahren hat. Am merkwürdigsten ist das Zurückbleiben der Salzsteuer, da ja am Salz nur bei äußerster Armut gespart wird.

Bei den Besitz- und Verkehrssteuern ergaben sich im August 315.6 gegen 321.9 Millionen, in den ersten fünf Monaten 1608.4 gegen 1660.4 Millionen. Die Lohnsteuer, die bereits in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli um 18.8 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr zurückgeblieben war, ist auch im August weiter gesunken, ohne daß, charakteristischer Weise die genaue Zahl angegeben wird.

Aus dem Ausweis erfährt man auch ein interessantes Detail. Die neu eingeführte Ehestandshilfe wird nicht, wie bei ihrer Einführung angegeben wurde, etwa ganz für Ehestandsdarlehen verwendet, sondern ein Teil, bisher im ganzen 9 Millionen, wird dem Haushalt zugeführt.

Zusammenfassend ergibt sich, daß in den ersten fünf Monaten die Einnahmen um rund 165 Millionen hinter den Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben sind.

In diesem Etat hat aber der Finanzminister die Einnahmen noch um 233 Millionen höher angesetzt als die vorjährigen. So bestätigt sich immer wieder, daß der laufende Etat, weit davon entfernt im Gleichgewicht zu sein, mit einem um so größeren Defizit enden muß, als ja durch neue Steuerermäßigungen, durch die erzwungene Uebernahme eines Teils der Wohlfahrtslasten der Gemeinden und die unkontrollierten Ausgaben die Belastung immer größer wird.

Deshalb wird auch die Finanzwirtschaft immer anarchischer. Dringende Aufgaben, die aus Etatmitteln zu erfüllen des Staates Pflicht wäre, werden in immer größerem Umfange durch die sogenannten Spenden und Opfer notdürftig und unvollständig erfüllt. Diese Spenden sind in Wirklichkeit genau so zwangsweise Abgaben wie echte

Steuern. Aber die Diktatur scheut sich zu zugestehen, daß sie neue Steuern erheben muß und deswegen diese Spenden, die sich dadurch auch zu ihrem Nachteil von Steuern unterscheiden, daß sie der Forderung sozialer Gerechtigkeit in keiner Weise genügen, in der Hauptsache immer wieder die Arbeiter und Angestellten treffen, während die Reichen sich mit einem kleinen Bruchteil dessen loskaufen, was die Armen zu bezahlen haben.

Bei der so laut gepriesenen Winterhilfe handelt es sich für die Arbeiter und Angestellten in Wirklichkeit um eine Erhöhung der Lohnsteuer von 2 bis 5 Prozent

und streng wird kontrolliert, daß diese „freiwillige“ Spende vom Arbeitgeber einbehalten und abgeführt wird. Dasselbe gilt für die Beamten. Der preußische Minister des Innern hat für die Angehörigen der Polizei und Landjäger einen Besoldungsabzug von 1 bis 2 Prozent des Nettoeinkommens angeordnet. Die Beträge werden, so heißt es in dem Erlaß, wie „die Spende für die nationale Arbeit durch die gehaltzahlenden Stellen einbehalten und an die vereinbarte Stelle des Winterhilfswerks abgeführt.“ Eine ähnliche Regelung ist für die Angehörigen der Wehrmacht getroffen. Aber auch die Bauern müssen dran glauben, nachdem offenbar die Freiwilligkeit ihres Opfersinns trotz aller Volksgemeinschaft bisher kein befriedigendes Ergebnis gehabt hat. Der Landesbauernführer Dr. Wagner erläßt an die Bauern im Rhein-Main-Gebiet folgenden Aufruf:

„Ich bestimme, daß jeder Bauer pro Morgen angebanter Kartoffelfläche 1.5 Zentner, pro Morgen angebanter Getreidefläche 10 Pfund abzuliefern hat. Alle anderen Spenden sind freiwillig und willkommen. Ich mache darauf aufmerksam, daß dies die erste und letzte Lebensmittelsammlung in diesem Winter ist und keine Organisation der Partei oder irgendwelche Wohlfahrtsverbände Lebensmittel sammeln dürfen. . . Es gilt den Willen des Führer zu befolgen, es schließe sich keiner aus“.

Auf der anderen Seite reißen die Erlasse des Wirtschaftsministers, des „politischen Beauftragten“ und anderer Stellen gar nicht mehr ab, die sich in den schärfsten Worten gegen jede Nötigung und Denunziation der „Wirtschaftsführer“ wenden. Zwangssteuer bei den Arbeitern und kleine Almosen bei den Reichen, darin enthußt sich wieder der nationalkapitalistische Charakter der Hitlerdiktatur!

Gleichzeitig aber verübt Hitlers Reichsfinanzministerium einen neuen Streich.

Es hat den Reichsbeitrag für die Wohlfahrtshilfe, der im September noch 65 Millionen Mk. betrug, auf 55.6 Millionen herabgesetzt,

trotz der Not der Gemeinden, die nun ihrerseits versuchen werden, den Druck auf die Arbeitslosen weiterzupflanzen!

Diese anarchische Finanzgebarung ist aber nur das Spiegelbild der prekären Wirtschaftslage. Eines ihrer Merkmale ist die andauernde Abnahme im

Geschäftsumfang der Banken, die mit der Schrumpfung der Einlagen Hand in Hand geht. Diese Schrumpfung widerspricht der immer wieder behaupteten Belebung der Wirtschaft. Deshalb werden immer neue Ausreden erfunden, die diesen Widerspruch erklären sollen. Jetzt ist man auf die Behauptung verfallen, daß Detailhandel und Handwerk, die aus den angeblichen Neueinstellungen von Arbeitern in der Industrie ihnen zufließenden Mittel vor allem an Sparkassen und Genossenschaften weiterleiten. Das bedeutet entweder, daß bei Handwerk und Einzelhandel noch eine Verkleinerung der Warenlager erfolgt, oder daß die Einkommens- und Sparbildung dort wieder wesentliche Fortschritte mache. Warum aber in aller Welt soll der Kleinhandel die Lager gerade in einem Augenblick verkleinern, wo der Absatz steigt und er allen Grund hätte, die Lager zu vergrößern? Und was wird aus der Wirtschaftsbelebung, wenn die Lager immer mehr verkleinert werden? In Wirklichkeit sagt diese Erklärung nichts anderes, als daß ein Teil der den Banken entzogenen Einlagen in die Sparkassen abwandert und daraus, nicht aus dem Anwachsen der Sparfähigkeit erklärt sich die Einlagezunahme bei den Sparkassen.

Diese Entwicklung bildet auch den Hintergrund für einen recht artigen

Konflikt zwischen den Sparkassen und den Banken,

der auf dem Sparkassentag in Leipzig mit großer Erbitterung ausgefochten worden ist. Die Banken möchten die Konkurrenz der Sparkassen gewaltsam mit Staatshilfe einschränken und finden bei diesem eigennützigen Bestreben einen Helfershelfer bei Herrn Schacht, dem Leiter der Bankenquete. Die Sparkassenorganisation hat kein Enqueterreferat erhalten und ein schon gegebener Auftrag wurde wieder zurückgezogen. Die Banken möchten den Personalkredit der Sparkassen, ihre Organisation des bargeldlosen Geldverkehrs und ihre Berechtigung, Einlagen über eine bestimmte Höhe anzunehmen, aufs Empfindlichste einschränken, um den eigenen Geschäftsbereich auf Kosten der gemeinnützigen Institute auszuweiten. Daß Schacht, dieser enragierte Vertreter des Privatkapitals, dabei auf Seiten der Banken steht, ist selbstverständlich und ebenso, daß er dabei die Unterstützung von Hitler und Schmitt hat. Gerade deshalb ist es nicht uninteressant, daß Herr Feder auf dem Sparkassentag erschien, um die Sparkassen seiner Unterstützung zu versichern und zugleich seine Revanche für die Niederlage zu nehmen, die ihm Schacht bei den Verhandlungen der Bankenquete beigebracht hat. Auf den Ausgang dieses Konfliktes zwischen Banken-Eigennutz und Sparkassen-Gemeinnutz könnte man gespannt sein, wüßte man nicht, daß die Hitlerdiktatur noch immer zuletzt für den Nutzen des Kapitals gegen den Nutzen der Gemeinschaft entschieden hat.

Dr. Richard Kern.

Unsere Not ist groß... Die Angst vor dem Morgen

Die amtliche Berichterstattung des Dritten Reiches arbeitet nach den Methoden der kaiserlichen Kriegsberichterstattung. Das Dritte Reich eilt von Sieg zu Sieg. Die Arbeitsschlacht, der Eintopsonntag, und dann selbstverständlich die diversen Siegesfeiern sind die beliebtesten Objekte dieses Vernebelungszugs.

Aber manchmal bricht die Sonne die Wahrheit selbst in der Nazipresse durch. Da hat am 8. Oktober ein SA-Aufmarsch in Breslau stattgefunden. Zur Begrüßung der braunen Jungens brachte die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ einen Artikel „Die SA. marschiert“, in dem zunächst die Verdienste der Braunen und Schwarzen an dem „unblutigen“ Verlauf der nationalen Erhebung gefeiert wurden und dann aber auch über die weiteren Aufgaben der SA. gesprochen wird. Im Gegensatz zu der offiziellen Version, daß das Dritte Reich unerschütterlich fest steht, heißt es da:

„Unsere Not ist groß, und die Katastrophe wäre nahe, wenn nicht alle Kräfte zu ihrer Abwendung eingesetzt würden. Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung greifen an den Lebensnerv des deutschen Volkes. Wir können uns deshalb nicht leisten, die Hände in den Schoß zu legen und uns möglichen Gefahren auszusetzen; auch hier gilt, daß der kluge Mann vorbeugt. Freilich, die Aufgaben, die hieraus der SA. und der SS. erwachsen können, lassen sich im einzelnen nur schwer umreißen. Und wohl niemand wäre glücklicher als der Führer selbst, wenn sich nichts ereignete, was ein Exempel auf die Probe nötig machte.“

Unsere Not ist groß, das ist ein wahres Wort. Aber diese Not der Herrschenden wird auch die SA. nicht bannen können, wenn die

Massen des Volkes, grenzenlos enttäuscht und verbittert, von denen Rechenschaft fordern, die sie mit Versprechungen und Illusionen, mit Ueberredung und Gewalt in das furchtbare und opfervolle Abenteuer der Hitlerdiktatur geführt haben.

Schriftleitergesetz

Göbbels über die beste aller Regierungen

„Schriftleiter“ ist jetzt laut Gesetz im Dritten Reich ein öffentliches Amt. Das heißt: wenn jeder Deutsche unter einfacher Polizeiaufsicht steht, so steht der unglückliche Zeitungsschreiber unter doppelter Polizeiaufsicht. In welche beklagenswerte Situation diese armen Menschen gekommen sind, erfährt man, wenn man aus der ellenlangen Belehrung, die der Bursche Göbbels ihnen zuteil werden ließ, folgende Sätze zur Kenntnis nimmt:

Möglich, daß die Regierung in einzelnen Beschlüssen irrt, unmöglich aber, anzunehmen, daß nach dieser Regierung etwas Besseres kommen könnte. Es kann deshalb für jeden nationalgesinnten und verantwortungsbewußten Staatsbürger gar keine Möglichkeit geben als die Entschlüsse und Beschlüsse dieser Regierung zu decken und dafür zu sorgen, daß sie zu greifbaren Ergebnissen führen.

So haben wir auf allen Gebieten also eine Regierung, die in der Tat zufolge ihrer größeren Intelligenz und ihrer besseren Tatkraft an die Macht gekommen ist, und die sich außerdem noch der besten Köpfe der Nation bedient, um eine Irrtumsmöglichkeit, soweit überhaupt wahrscheinlich, auszuschalten. Bei dieser Regierung ist eine Irrtumswahrscheinlichkeit nicht ohne weiteres anzunehmen.

Sie traten uns mit Mißtrauen und vielfach mit feindlicher Ablehnung gegenüber. Ich glaube, vieles davon hat sich bereits gelegt. Ich glaube, vielen ist schon ein schwacher Abglanz von dem strahlenden Licht aufgegangen, das diese Bewegung wieder über Deutschland gebracht hat.

Was zu diesem Gesetz und zu dieser Rede in der Schriftleiterpresse geschrieben wird, ist für einen Menschen, der die Luft des Dritten Reiches nicht mehr gewöhnt ist, einfach nicht zu lesen. Es ist zum Erbrechen! Deutschlands Presse in ihrer tiefsten Erniedrigung!

Nähmaschine gestohlen

Eingezogen zugunsten des preußischen Staates wurde 1 Nähmaschine „Singer“ Nr. 242.409 vom Ortsausschuß der Arbeiterwohlfahrt Gladbach.

Haben Sie die Monatsschrift:

„Sozialistische Revolution“

bereits abonniert? Umfang 32 Textseiten, Preis pro Einzelheft Tschechoslowakei Kč 4.— / Oesterreich: 6. Sch. —80 — Polen: Zl. 1.— / Schweiz: Franken —70 / Frankreich: Frs. 3.50 / Holland: hll. —35 / USA. Doll. —20 / England: Pfund St. —1.— / Dänemark: dän. Kr. —90 / Rumänien: Lei 24.— / Abonnement Ermäßigung.

Ich bestelle 1 Exemplar der Monatsschrift „Sozialistische Revolution“ ab Nr. 1 zur laufenden Lieferung.

Der Betrag liegt bei 1 wird per Scheck oder Postscheck überwiesen / in internationalen Postwertzeichen gesandt.

Name und genaue Adresse

Briefe aus Deutschland

Die Hölle von Sonnenburg — Gärung in der Pfalz — Nürnberger Nachklänge

Sie liegen vor uns auf dem Tisch, kleine, flüchtig gefaltete Zettel, mit hastigen Zeichen bedeckt — Briefe aus Deutschland. Die sie schrieben, wußten nicht, ob etwa schon der Häcker vor der Tür stand, wußten nicht, ob vielleicht jede Zeile Wahrheit, die sie zu Papier brachten, vor unbarmherzigen Blutrüchtern wider sie zeugen würde. Sie wagten es trotz alledem, sie ertrugen das Bewußtsein der Gefahr, sie ertrugen nicht die schweigende Duldung schändlichen Unrechts, die Welt soll wissen, was in Deutschland geschieht, die Kameraden außerhalb der blutigen Grenzpfähle sollen Kunde empfangen, sollen mit neuem Haß gegen die braunen Kerkormeister, mit immer neuem Kampfwillen erfüllt werden. Dieser bronnennde Wunsch drückt täglich gepölnigten Menschen drüber die Feder in die Hand — trotz aller Spitzel und Sbirren. Ein Merkmal ist all den Briefen aus Deutschland gemeinsam: phrasenlos, sachlich schildern sie das Geschehen, mit knappen Sätzen reißen sie Tatsachen aneinander, nachweisbare Tatsachen, die eine aufwühlendere Sprache sprechen als die wortreichere Anklagerede. Für Pathos ist kein Platz.

Wir, die wir in einer freieren Luft atmen dürfen, lesen die hastig beschriebenen Zettel und wissen nicht, ob die Schreiber zur Stunde noch in Freiheit, ob sie noch am Leben sind. Für uns sind die Briefe da vor uns auf dem Tisch kein totes Papier, Mahner sind sie, lebendige Ankläger gegen die braunen Landsknechte, die Deutschland zu einer verachteten und verächtlichen Mörderhöhle gemacht haben.

Wir geben hier einiges aus den Dokumenten wieder. Namen lassen wir bezweiflicherweise fort. Die Verfasser sind uns durchweg als vertrauenswürdig bekannt.

„Eher vergesse ich meine Kriegserlebnisse...“

Ein aus dem Konzentrationslager Sonnenburg entlassener Schutzhäftling schildert seine Schreckenszeit:

Das Zuchthaus Sonnenburg war im Jahre 1928 wegen seiner schlechten Brunnen von Amts wegen geschlossen worden. Es durfte nicht mehr benützt werden, weil die Gesundheit der Gefangenen durch die mangelhafte Unterbringung gefährdet wurde. Für Schutzhäftlinge findet die nationalsozialistische Regierung diese Hölle eben recht.

Als unser dreißig Mann starker Trupp auf dem Bahnhof Sonnenburg ankam, wurden wir von einem blutigen Polizeileutnant empfangen, der die Namen aufrief und uns dann einer SA-Kolonie überließ. Sofort erschallten Kommandos wie: „Zu uns gerichtet! Still gestanden! Zu vieren abzählen! In Gruppen links schwenkt! Marsch!“ Da viele unter uns des Exerzierens ungewohnt waren, teilten die braunen Wächter schon in der ersten Viertel-

stunde Fußtritte und Kolbenstöße aus. Unter den derart Mißhandelten waren zahlreiche Männer von über fünfzig Jahren, indes der älteste Peiniger vielleicht 24, der jüngste nicht über 17 Jahre zählte.

Wer etwas versah, weil seine Körperkräfte versagten, kam in den Bunker. Die Bunker waren Arrestzellen, deren einige gepolsterte Doppeltüren hatten. In diesen Zellen wurde unbarmherzig geschlagen. Trotz der schallsicheren Wände drangen die Schreie der Gefolterten bis zu uns.

Die Kameraden, die schon von Beginn an in Sonnenburg waren, erzählten uns aus der ersten Zeit entsetzliche Grausamkeiten. Fünf Inhaftierte, deren Namen der ganzen Welt bekannt sind, mußten in der Mitte des Hofes ihr eigenes Grab graben — ein großer gelber Fleck ist heute noch zu sehen —, dann verband man ihnen die Augen und schloß über ihre Köpfe hinweg. Diese

blinden Erschießungen

waren im Anfang überhaupt an der Tagesordnung und bereiteten den braunen Sadisten offenbar höllisches Vergnügen.

Im Lager war zu meiner Zeit ein 72-jähriger Mann, der die Spuren furchtbarer Mißhandlungen trug. Er hatte mit seiner 70-jährigen Frau ein kleines Anwesen bewirtschaftet, gehörte wohl der SPD an, war aber, wie mir später ein Bewohner des gleichen Ortes bestätigte, politisch nie sonderlich hervorgetreten. Eines Abends kamen vier SA-Leute, holten den alten, gebrechlichen und schwerhörigen Mann ab, richteten ihn im Spritzenhaus schrecklich zu und schleppten ihn dann zum „Auskurieren“ in unser Lager, damit in dem kleinen Ort niemand etwas erfährt.

Als auf dem Tempelhoferfeld die Hindenburggeleiche abgesetzt worden war, befahl unser damaliger Kommandant, ein Polizeileutnant, die 860 Insassen des Lagers auf den Hof und verkündete, daß jüdisch-marxistische Buben in Berlin die Hindenburggeleiche abgesetzt hätten, würde die Kommunisten und Juden im Lager drei Tage lang kein Mittagessen erhalten. Am selben Abend begann ein Strafexerzieren, wie ich es beim Militär niemals erlebt habe. Die abkommandierten Leute fielen um wie die Fliegen, sie waren völlig erschöpft. Wir anderen mußten zusehen und durften den Gepölnigten nicht helfen, sondern mußten warten, bis das Kommando erlöste: „Tragt die Schweine fort!“ Diese Schleiereiße hätte noch lange kein Ende genommen, wenn der Arzt sich nicht ins Mittel gefügt hätte.

Der SA-Mann Müller, der jetzt noch frei im „braunen Ehrenkleid“ umherläuft und schuldlose Menschen ihrer Gesinnung wegen quält, ist ein Mörder. Mitte August wurde

ein SPD-Mann namens Ritter, 52 Jahre alt, Vater von mehreren unmündigen Kindern, eingeliefert. Müller folterte den Wehrlosen aufs Entsetzlichste. Am andern Morgen um 5 Uhr gab man uns bekannt, Ritter habe sich über Nacht in seiner Zelle erhängt. Der Arzt weigerte sich, den Totenschein auszustellen und verlangte Anzeige an die Staatsanwaltschaft, da der Häftling sich

nicht das Leben genommen habe, sondern totgeschlagen worden sei. Die Staatsanwaltschaft kam, besichtigte die Leiche und gab sie zur Beerdigung frei.

Aber unseren Arzt haben wir nicht wieder-gesehen.

Als ich endlich entlassen wurde, durchsuchte man mein Gepäck und prüfte jeden Zettel genau nach. Unnütze Mühe! Ich führte nichts bei mir, ich hätte mir keinerlei Notizen gemacht. Was ich im Lager Sonnenburg erlebte, war so entsetzlich, daß ich mein Leben lang daran tragen werde. Eber vergesse ich meine Kriegserlebnisse! — Aber trotzdem ich weiß, was mir droht, werde ich bis zum letzten Atemzuge gegen die braune Schande kämpfen. Den Haß in uns können sie mit ihren Gummiknüppeln nicht erschlagen.

„Wenn es heute anders kommt...“

Ein anderer Brief erreicht uns, aus dem man einiges über die beginnende Mißstimmung in der SA erfährt.

Lieber Freund!

Von mir selbst will ich nicht viel erzählen. Du weißt, wie schwer das Leben hier zu ertragen ist. Aber nicht nur wir leiden unter dem braunen Terror, auch

in der SA gibt es schon viele Enttäuschte.

Im Konsumverein sagte ein SA-Mann: „Der R. kann mich... Er soll seinen Aufmarsch alleine machen, ich gehe nimmer mit!“ Und ein anderer, der dabei stand, fügte hinzu: „Wenn es heute anders kommt, verbrenne ich meine Uniform und mache über politische Fragen nie mehr den Schnabel auf!“ Viele sind dabei, die innerlich schon längst ins „marxistische“ Lager gehören. Vor einigen Wochen wurden in Mannheim 57 Leute verhaftet. Jetzt erfährt man, daß darunter 43 SA-Leute waren, die gegen den Nazi-Bürgermeister Reminger gemeutert hatten. Vielleicht gelüftet es einen andern nach der Stelle.

Oft geschieht es, daß Lehrer, die um Beförderung einkommen, mit dem Bescheid nach Hause geschickt werden: „Wenn Sie eine Hauptlehrerin heiraten, können Sie deren Stelle einnehmen.“ Du kannst Dir denken, was für Ehen auf diese Weise zustande kommen. Die Braut ist häufig um viele Jahre älter. — Auch die Referendare des Mannheimer Amtsgerichts wissen, was sie von der „Besserung des Arbeitsmarktes in allen Berufen“ zu halten haben. Als sie sich über die Aussichtslosigkeit beschwerten, in ihrem Fach voranzukommen, erhielten sie die Antwort: „Ja, meine Herren, da müssen Sie sich eben nach einer anderen Beschäftigung umsehen!“ Das ist leicht gesagt — wenn nur „andere Beschäftigungen“ zu haben wären!

Die Stimmung ist überall gedrückt, aber ganz im Geheimen werden doch manchmal blässige Witze weitergereicht. Galgenhumor! So erzählt man sich jetzt, eine Zeitung habe folgendes Inserat erhalten:

„Fast neuer Mercedes gegen arische Großmutter einzutauschen gesucht!“

Nachklänge vom Nürnberger Tag

Vom nationalsozialistischen Parteitag, der offiziell in den rosigen Farben geschildert wurde, erfährt man jetzt weniger rosige Einzelheiten. Die Zivilbevölkerung in Nürnberg bekrenzigt sich noch heute, wenn sie an die „Tage des Jubels“ denkt. Hier einige Stellen aus einem Nürnberger Brief:

In Nürnberg und Fürth war alles beflaggt, aber selbst SA-Leute gaben zu, daß viele nur aus Angst ihre Häuser schmückten. Uebrigens übernahmen in der Königsstraße in Fürth einige SA-Leute selbst die Dekoration nichtbeflaggter Häuser. Obwohl der Befehl ausgegeben war, daß sich SA-Leute nicht betrinken dürften, sah man während des Parteitags ganze Herden torkelnder und gröhrender Braunhemden.

Frauen und Mädchen wurden derart belästigt, daß viele sich nicht mehr auf die Straße wagten,

solange die nationalen Erneuerer in Nürnberg umgingen. Als das Zeltlager am Hainberg mit Bier versorgt wurde, verschwanden von den Brauereiwagen 12 bis auf unerklärliche Weise und auf Nimmerwiedersehen. Bierfässer wurden auch auf der Heimreise in den Zügen angezapft. Im Zeltlager Leyherstraße wurden einem SA-Mann die Stiefel und die Ausrüstung gestohlen. Ein beliebiger ausgewählter Fürther Geschäftsmann mußte die Kosten ersetzen. Der SA-Führer, der ihm auf diese Weise das Geld aus der Tasche zog, meinte, er könnte sich ja an die übrigen Geschäftsleute halten und von ihnen einen Teil der Summe kassieren. Am Parteitagsanfang (3. September) kam es im Zeltlager am Hainberg bei Stein zu einer großen Rauferei zwischen den SA-Leuten, die Streitenden mußten am Ende mit Hilfe von Wasserschläuchen getrennt werden.

In der Kanalstraße in Nürnberg prügelten sich SA und SS, das Ueberfallkommando wurde alarmiert, 36 Nazis wurden verhaftet. Noch an anderen Stellen kam es zu braunen Prügeleien, über die aber Näheres nicht bekannt wurde.

Die Wagenabteile, die ihre braune Fracht zum Parteitag brachten, waren wie die Waggonen im Kriege mit Inschriften versehen. Wir haben uns einige gemerkt, darunter:

„Auf nach Oesterreich! Haut den Dollfuß!“ und (neben der Karikatur eines Juden) „Haut sie raus nach Palästina!“

Als der Parteitag beendet war, wollten die Nazis geschmückt heimkehren. Die von den Bewohnern keinen Schmuck erbetteln konnten, rissen ihn von den Häusern herunter und bekränzten sich damit. Das ergab dann schöne Photographien, die als Beweis der „Begeisterung und der Anhänglichkeit an die SA“ in die Welt geschickt wurden.

SA-Leute, die während des Parteitags bei Sozialdemokraten einquartiert waren, schimpf-

Henry Rochefort und seine „Laterne“

Von Uitor

Während der Faschismus seine Methoden und sein System der Welt als etwas Funkelnagelneues anpreist, ist er in Wirklichkeit im Ganzen wie im Einzelnen ein geistloser Abklatsch längst verfaulten despotischen Regimes. Namentlich dient das zweite Kaiserreich in Frankreich, die Herrschaft Napoleons III., allen „autoritären“ Regierungen von heute als Vorbild. Ein dickes Buch ließe sich darüber schreiben, wie Mussolini den Bonapartismus in vielem einfach durchpaust, und auch der Hitlerismus, so sehr er sich mit germanischen Bärenfellen behängt, hat „Napoleon dem Kleinen“ das Entscheidende abgeguckt. Auch damals eine Bande von Glückrittern, Entgleisten und Verbrechern, die durch rohe Gewalt die Staatsmacht ergriff, nachdem sie das Volk mit feiler Demagogie und tönenden Versprechungen dumm gemacht hatte, auch damals Massenverhaftungen der Anständigen und Aufrechten, auch damals eine Art SA, vor keiner Schandtat zurückschreckend, um politische Gegner zum Verstummen zu bringen, auch damals eine vollkommene „Gleichschaltung“ der öffentlichen Meinung, auch damals die Aufpeitschung der niedrigsten chauvinistischen

Instinkte — die Parallelen drängen sich auf Schritt und Tritt auf. Und wenn sich heute die Hitler, Göring, Göbbels und Konsorten mit aufgeblasenen Backen rühmen, daß sie den Erdteil vor dem bolschewistischen Chaos bewahrt hätten, glaubt man den andern, den Mann vom 2. Dezember 1851, salbadern zu hören, der sich unentwegt vor Europa als „Retter der Ordnung“ vor der „Anarchie“ aufspielte.

Wie Deutschland in der heutigen Epoche seiner tiefsten Erniedrigung, kannte auch das Frankreich der bonapartistischen Schande eine beträchtliche Emigration. Die einen waren über die Grenze gegangen, weil sie sich von den Kreaturen des neuen Regimes an Leib und Leben bedroht wußten, die andern, weil sie in der Stüchluft des Despotismus nicht zu atmen vermochten, die dritten hatte man wider Recht und Gesetz aus ihrem eigenen Vaterlande ausgewiesen. Unter diesen Emigranten, die das wahre, das ewige Frankreich darstellten, fanden sich nicht nur weithin bekannte Politiker der Linken wie Louis Blanc, Ledru-Rollin, Pierre Leroux und Challemeil-Lacour, sondern auch Gelehrte und Künstler von Weltruf wie der Philosoph und Historiker Edgar Quinet und der Bildhauer David d'Angers und als repräsentativer von allen der wahrhaft nationale Dichter Victor Hugo; die Einstein,

Th. Th. Heine und Heinrich Mann von heute haben ihre Vorläufer. Selbstverständlich legte diese Emigration in Belgien, Holland, der Schweiz und England nicht die Hände in den Schoß, sondern suchte dem Pariser Gewalt- und Fäulnisregime Stoß um Stoß zu versetzen, damit es von seinem hohlen Gestell herabstürze. Keinem gelang das besser als Henri Rochefort mit seiner „Laterne“.

Der Marquis de Rochefort de Luçay genöß weit mehr den Ruf eines geistreichen Unter-Strich-Plauderers als eines politischen Schriftstellers, als er am 31. Mai 1868 die erste Nummer einer Wochenschrift „Die Laterne“ vorlegte und sich damit sofort den großen Pamphletisten des Jahrhunderts einreihete. Ein eleganter Floretfechter, der die verwundbaren Stellen seines Todefindes kannte, stieß hier mit tödlicher Sicherheit zu; nach dem Wort Joseph de Maistres handelnd: „Man trifft die Meinungen nur dann, wenn man die Personen angreift“, ging er dem Kaiser und seinen Ministern wie der Kaiserin und der ganzen Sippe der Napoleoniden mit persönlichen Invektiven zu Leibe, die eben so von Geist wie von Bosheit funkelten. Er schenkte ihnen nichts; er deckte all ihre Blößen auf; er gab sie schonungslos dem Gefächter und der Verachtung preis. Jeden Samstag Morgen erschien das in einen blutroten Umschlag gehüllte sechzigseitige

Heft und ging reißend ab; nach solcher Speise hungerten die Zwangsläser der „gleichgeschalteten“ Presse, die Tag für Tag Cäsars Lob sang. Rochefort hatte die Kühnheit, die Hyäne in ihrer Höhle zu reizen: er gab die „Laterne“ in Paris selber, unter den Augen der bonapartistischen Polizei, heraus! Die Machthaber zuckten wie unter Peitschenhieben zusammen, aber da selbst das Frankreich der Dezemberbande nicht auf eine solche Stufe der Barbarei herabgesunken war wie das Hakenkreuz-Deutschland von 1933, wo der Herausgeber sofort in einem Konzentrationslager verschwunden wäre oder in der Zelle „Selbstmord“ verübt hätte, setzte es nur Konfiskationen jeder Nummer und in rascher Progression steigende Geld- und Gefängnisstrafen; auch bedeutete die Polizei dem Drucker, daß seine Pressen zerstört würden, wenn er das verfeimte Blatt weiter herstelle. Um seinen Kampf ungehindert fortsetzen zu können, ging Rochefort ins Exil; von der zwölften Nummer ab war Brüssel der Druckort der „Laterne“. Aber da sie keine Zeitschrift von Emigranten für Emigranten sein, sondern in Frankreich als Gärstoff wirken wollte, hieß das Hauptproblem, sie einzuschmuggeln. Es wurde auf mannigfache und oft erheiternde Weise gelöst. Die für Frankreich bestimmte Ausgabe erschien in so kleinem Format, daß sie bequem in verschlossenem Briefum-

ten gehörig auf die braunen Bonzen. Einige erklärten, sie seien früher Kommunisten gewesen, und machten jetzt eben hier mit, aber ihrer wahren Ueberzeugung entspräche der ganze Rummel nicht. Ein Hakenkreuzlehrer sagte, er wisse selbst ganz genau, daß 60 Prozent der SA-Leute minderwertige Gesellen und Lumpen seien. Beim Anblick der betrunkenen Landsknechtshorden bekannten einige — nächstern gebliebene — Braunhemden, das sei eine Schande für Deutschland, anständige SA-Leute müßten sich der eigenen Gefährten schämen.

Bei alledem geht die Verfolgung der Andersgesinnten nicht nur weiter, sie verschlimmert sich sogar, und

die Ausschreitungen gegen Juden nehmen noch immer zu. In Fürth wurden vor einiger Zeit zweimal in Abständen von 8 Tagen drei jüdischen Firmen (Mannes, Hausmann und Hertz) die Schaufenster eingeworfen. Unter den Tätern befand sich der Polizeiwachmeister Rath, der Führer einer Nazi-Motorradstaffel war. Er wurde nach den Vorfällen vorübergehend nach Nürnberg versetzt, kehrte aber bald zurück. Die Unzufriedenheit über Strelchers brutales Auftreten wächst auch in Nazikreisen. Wie immer, wenn der Topf am Lieberkochen ist, wird von seiner bevorstehenden Versetzung gesprochen.

Die nicht gleichgeschalteten Hakenkreuzgegner haben entsetzlich zu leiden, sie sind vogelfrei. Mitte August wurde in Nürnberg **das SDP-Mitglied Pflaumer verhaftet**, nach zwei Stunden aber wieder freigelassen, da keine Beweise für irgendeine Schuld vorhanden waren. Am Nachmittag des gleichen Tages verhaftete die SA den Mann aufs neue. Seine alte Mutter trug ihm zwei Tage lang Essen zu, das auch angenommen wurde. Am zweiten Tage nach der Verhaftung kam die Leichenfrau zu der Mutter und teilte ihr mit, der Sohn sei an einem Herzschlag gestorben. Im Leichenhaus lag Pflaumer im Sarge, so in Tücher gehüllt, daß nur das Gesicht zu sehen war. An der Stirn zeigten sich Beulen.

Ein anderer Sozialdemokrat wurde etwa zur gleichen in einem anderen Ort verhaftet. Er liegt jetzt im Krankenhaus, der Oberarzt verweigert jede Auskunft über die Krankheit. Die Eltern, die nicht an das Krankenlager gelassen werden, wissen nur, daß ihr Sohn mit dem Tode ringt.

Die **Waffenfunde** beim Reichsbanner in Nürnberg sind ein nationalsozialistischer Schwindel. An der angeblichen Fundstelle in der Gartenstadt wurde nicht einmal gegraben — das Erdreich ist fest, der Rasen eingewurzelt, trotzdem angeblich vier Maschinengewehre herausgebuddelt worden sind. Im Wasser suchte die Feuerwehr einen Tag lang mit Netzen und Stangen vergebens, dann kam die SA und zog — ohne zu suchen — einen Sack aus dem Wasser, in dem angeblich ein Maschinengewehr steckte. Solche angebliche „Entdeckungen“ werden als Vorwand benützt, um die Arbeiterbevölkerung aufs schwerste zu brutalisieren, um immer neuen Terror zu verüben.

Volk im Joch

Ein Schreiben, aus dem wir hier Bruchstücke wiedergeben, bestätigt u. a. jene Mannheimer Meuterei, von der im vorigen Brief die Rede ist.

... Herr Dr. Göbbels erklärte auf einer Konferenz der deutschen Zeitungsverleger, er

wünsche keine Uniformierung der Presse. In der Praxis siehts anders aus. Die Werber der Nazipresse begnügen sich nicht damit, die minderwertigen braunen Blätter anzupreisen, sie bedrohen vielmehr die Nichtabonnenten, sie verheißten ihnen allerlei schlimme Dinge und haben mit ihren Erpressermethoden natürlich guten Erfolg. Das spüren die zwar gleichgeschalteten, aber nicht parteiamtlichen Zeitungen gewaltig, ihre Abonnenten schwinden mehr und mehr. Als kürzlich das altangesehene „Heidelberger Tageblatt“ gegen diese Methoden protestierte, wurde es sofort auf 14 Tage verboten. Damit nicht genug, hielt der Nazi-Bürgermeister Wetzel auf dem Heidelberger Marktplatz einen SA-Apell ab, bei dem er u. a. verkündete.

Jeder, der künftig noch das „Heidelberger Tageblatt“ lese, werde als Staatsfeind betrachtet werden.

Vor einigen Tagen wurden in Altlußheim, einem größeren Dorf im Amtsbezirk Mannheim mehrere Anhänger und örtliche Führer der nationalsozialistischen Partei verhaftet.

In Speyer wurde vor kurzem ein Sturmführer der Pfälzer SA von einigen seiner Untergebenen jämmerlich verprügelt, als er sie wegen Insubordination zur Rede stellte, und in Mannheim nahm man über 40 SA-Leute fest, weil sie angeblich in Opposition zur Parteilührung stehen. Wahrscheinlich haben sie den Schwindel von der beseitigten Arbeitslosigkeit satt bekommen. Mannheim hat noch immer über 40.000 Erwerbslose, offiziell wird aber behauptet, es sei „frei von Erwerbslosigkeit“. Gleichfalls in Mannheim wurden vor einiger Zeit

von SA-Leuten Flugblätter verteilt, in denen an die Parteileitung die Frage gestellt wurde, was eigentlich die nach dem 30. Januar in die Partei Eingetretenen zu erwarten hätten. Bis jetzt war nämlich bei der Arbeitsbeschaffung immer nur von den „alten Pgs.“ die Rede, und die neuen fühlen sich geprellt.

Auch unter den Bauern wächst die Enttäuschung. Im Schwarzwald erzählt man sich folgendes: Die Naziregierung, die sich auf ihre Tierfreundlichkeit viel zugute tut, hat verboten, zwei Ochsen in ein Joch zu spannen. Die Bauern, die von dieser Bestimmung nicht erbaud sind, pflegen einander zuzufüstern: „Was ist das für eine Regierung? Zwei Ochsen sollen nicht in einem Joch gehen, aber ein ganzes Volk wird in ein Joch gespannt — und wehe, wer dagegen aufmuckt!“

Die „Gezeichneten“

Einem Brief vom Rhein entnommen wir einige Stellen:

... Arbeit bekomme ich, solange dies System herrscht, nicht mehr, und die Unterstützung reicht nicht zum Nötigsten.

Niemand wagt es, uns vorlemt zu beschäftigen.

Ich hab's als Agent versucht, da ist es das Gleiche. Jeder hat Angst, einem Gezeichneten einen Auftrag zu geben, ihm etwas abzukaufen.

In den Kinderhirnen richten die Krlgsfanatiker grauenhafte Verwirrung an. Die Hosennätze von 8—10 Jahren hängen sich schon das Messer der Hitlerjugend — einen richtigen kleinen Dolch — ans Koppel, die Klinge trägt die Aufschrift: „Blut und Ehre“. Die Lehrer unterrichten die Kinder in wissenschaftlichen

schlag zu befördern war. Obwohl das „Schwarze Kabinett“ des Kaiserreichs nicht davor zurückscheute, Postsendungen zu erbrechen, gelangten derart jede Woche Tausende von „Laternen“ in die Hände der Bezieher. Der Portoersparnis halber schickte man die Briefe sogar in Paketen über die Grenze, um sie an der ersten französischen Station aufzuliefern. Als dieser Weg versperrt wurde, bediente man sich, ohne daß er davon wußte, eines Sekretärs der französischen Gesandtschaft in Brüssel, der in seinem der Zollkontrolle nicht unterworfenen, diplomatischen Gepäck für einen belgischen Tabakgroßhändler Zigarren nach Frankreich zu schmuggeln pflegte; der Auftraggeber, ein Freund Victor Hugo's, erteilte gern seine Zustimmung, daß stets ein Koffer mit „Laternen“ vollgepackt wurde. Da sich auch dieser Kanal verstopfte, verfielen Rochefort und seine Mitarbeiter auf eine wahrhaft geniale Idee. In Brüssel entdeckten sie einen italienischen Gipsfigurenfabrikanten, der billige Büsten Napoleons III. für den Versand nach Frankreich anfertigte. Mit ihm setzten sie sich ins Benehmen, daß er jedesmal vor Vollendung des Gusses eine größere Anzahl „Laternen“ in den Hohlraum der Büsten einschloß. Stolz trugen die Vertrauensleute Rocheforts diese Gips-Napoleons an den französischen Zollnern vorbei, die beim An-

blick ihres Souveräns keinerlei Argwohn schöpften, zumal sie erfuhren, daß die Büsten zum Aufstellen in Bürgermeistereien bestimmt seien. Da Frankreich 36.000 Gemeinden zählte, trug diese Schmuggelart die Gewähr der Dauer in sich, bis einmal einem der Träger eine Büste gerade vor dem Zollposten entglitt; sie fiel zur Erde, zerbrach und enthüllte, einen Blutstrom roter „Laternen“ ausschüttend, daß der gipserne Kaiser im Gegensatz zu dem lebenden etwas Vernünftiges im Kopf hatte.

Aber neue Schleichwege zur Einschmuggelung des über alle Maßen wirksamen Pamphlets fanden sich; in Zehntausenden von Exemplaren gedruckt, erreichte „Die Laterne“ trotz aller Büttel und Spitzel die Abonnenten in Frankreich, deren Zahl von Woche zu Woche wuchs. Die Saat von Haß und Hohn gegen das bonapartistische Banditenregime, die sie austreute, ging anno 1870 nach den Niederlagen von Metz und Sedan auf; die Republik wurde ausgerufen, in deren Provisorischer Regierung von Rechts wegen auch Rochefort saß, und vom Kaiserreich blieb in der Geschichte Frankreichs nicht mehr als das, was von der Hitlerei in der Geschichte Deutschlands bleiben wird, ein nicht auszulöschender Blut- und Schmutzpfleck.

Fchern höchst mangelhaft, mit desto größerer Sorgfalt bringen sie ihnen den Gebrauch von allerlei Waffen bei. Du kannst Dir denken, wie wir Eltern unter dieser Kindervergiltung leiden,

der wir tatenlos zusehen müssen. Doch stehen wir alle fest. Im ganzen Bezirk ist keiner, den wir als Sozialdemokraten anerkannten, umgefallen. Viel Erbarmlichkeit findet man in den Kreisen der „Sympathisierenden“. Die Konjunkturritter, die uns Brei um den Bart schmierten, solange wir „etwas zu sagen hatten“, können jetzt die Arme gar nicht hoch genug zum Himmel recken.

Die alte Liebe des deutschen Michel zur Uniform feiert gegenwärtig Orgien. Sogar die Wohlfahrtsempfänger, die Pflichtarbeit leisten müssen, sind uniformiert. Um 7 Uhr ist Antreten, Abzählen, in Kolonnen rechts schwenkt, marsch, dann gehts im Gleichschritt und mit Gesang zur Arbeit. Für diesen Spaß wird pro Woche eine Mehrleistung von — zwei Mark gezahlt!

Die Stimmung ist gedrückt. Die Geschäftsleute klagen, sie wissen sich vor Sammlungen und „freiwilligen“ Spenden nicht mehr zu retten. Man stöhnt und jammert, hinter verschlossenen Türen wird auch schon

Ausrottung der Juden

Systematische Fortsetzung des kalten Pogroms.

Vor uns liegt dieses Schriftstück, das wir in vollem Wortlaut wiedergeben:

Deutscher Landhandels-Bund e. V.
Berlin NW. 7, Mittelstr. 2—4.

Berlin, den 31. August 1933.

An sämtliche Weinhandel treibende Verbände und damit in Verbindung stehenden Firmen:

Das Amt für Agrarpolitik beauftragt uns, auf dem schnellsten Wege sämtliche arischen Weinhändler des gesamten deutschen Weinhandels, soweit er im Reichsverband des Deutschen Weinhandels organisiert ist, und darüber hinaus auch die arischen Weinhändler, die noch nicht organisatorisch irgendwie eingegliedert sind, in dem Deutschen Landhandels-Bund zusammenzufassen und in die Fachgruppe „Deutscher Weinhandel“ einzugliedern.

Das Ziel unserer Fachgruppe Deutscher Weinhandel ist, Vereinheitlichung sämtlicher am Weinabsatz beteiligten Handelskreise mit dem Endzweck, den Aufbau eines in sich geschlossenen und einheitlich geführten Weinhandels herbeizuführen, damit wieder Treue und Glauben die Grundlage einer unlöslichen Zusammenarbeit zwischen Weinbau und Weinhandel bildet.

Ein solcher Zusammenschluß würdet die Durchschlagskraft der Interessen des Weinhandels auf Stärkste.

Von dieser Tatsache ausgehend, ergeht nun an Sie und Alle der Ruf zur Mitarbeit. Die Grundbedingung ist, daß die Mitgliedschaft nur diejenigen erringen, die Inhaber bzw. Geschäftsführer der aufzunehmenden Firmen arischer Abkunft sind und keiner gleichartigen Organisation angehören.

Horst-Wesselfilm-Skandal!

Der braune Filmbetrieb hat sich eine neue Blamage geholt. Seit Monaten rummelte die Nazipresse für den kommenden großen Horst-Wessel-Film „Das nationale Heldenlied“. Jetzt muß das halbamtliche Contibüro gestehen, daß der braune Heldenfilm vom Propagandaministerium verboten werden mußte und „da für Sorge getragen wird, daß dieser Film in seiner gegenwärtigen Form nicht in der deutschen Öffentlichkeit erscheint“. Die Handlung und die Leistungen der Hauptdarsteller seien „äußerst dürftig“. Es stehe zur Zeit noch nicht fest, ob der Film umgeändert oder völlig in der Versenkung verschwinden müsse. Er sei „die Arbeit einer ziemlich obskuren ad hoc gegründeten Filmgesellschaft“, die die nationalsozialistische Konjunktur ausnützen wollte, klagt das halbamtliche Büro.

Dieser Konjunkturummel wird niemanden verwundern, der das Geschick der „nationalen Erneuerung“ kennt. Aber wer sind denn die Konjunkturritter in diesem Falle? Als künstlerischer Oberleiter figuriert Hitlers alter intimer Freund Hanfstaengel, das Manuskript mit der „äußerst dürftigen Handlung“ fabrizierte der fingerfertige, wandlungsreiche H. H. Ewers. Diese obskure Firma durfte von SA-Banden ganze Proletarierviertel terrorisieren lassen, um richtige blutige Zusammenstöße vor die Kurbel zu kriegen; ihr wurde

einmal geflücht und geschimpft — aber in der Öffentlichkeit wagte niemand, den Mund aufzutun ...

Wir haben Briefe und Briefstellen so ausgewählt, daß sie zur Darstellung bringen, was heute in Deutschland nicht das Außerordentliche, sondern das Gewöhnliche ist. Postenjäger und Verwirrung auf allen Gebieten, Brutalität ohne Grenzen gegen wehrlose Gegner, militaristische Begeisterung bei einem großen Teil der Jugend, viel Unzufriedenheit aber noch mehr Furcht bei Bauern und Mittelstand. Unschlüssigkeit beim politischen Treibholz, ungebrochene Festigkeit und Treue zum Gedankengut des demokratischen Sozialismus bei den altorganisierten Arbeitern und Angestellten — aus vielen hunderten von Briefen ergibt sich stets dasselbe Bild. Das Ausland aber soll wissen, daß es in Deutschland heute nicht nur mehr Dummheit und Schurkereie gibt als in irgend einem anderen Lande der Welt, sondern auch noch Heldentum. Manches erzählen die Briefe uns davon, was später einmal in den Büchern der Geschichte zu lesen sein wird. Wir müssen noch schweigen.

Der Mitgliedsbeitrag für das 2. Halbjahr 1933 beträgt Rm. 12.—, außerdem ist ein einmaliger Werbebeitrag von Rm. 5.— zu zahlen. Der D. L. B. ist dazu berufen, das Wohl des Vaterlandes an die erste Stelle seiner Befähigung zu stellen und von diesem Grundsatz ausgehend, ist er besonders darauf bedacht, seinen Mitgliedern in ihrem Kampf um die Existenz, die durch feste, zielbewußte Mitarbeit am ohesten gesichert werden kann, helfend zur Seite zu stehen.

Wir hoffen von Ihnen, daß Sie den Aufnahmeantrag, den Sie anbei finden, baldmöglichst an uns zurücksenden werden.

Die Mitgliedskarte geht Ihnen nach Ueberweisung des Betrages zu.

Fachgruppe VII: Mit deutschem Gruß:
Deutscher Weinhandel Heil Hitler!
ge.: Dünge Deutscher Landhandels-Bund e. V.
gez. Eichinger.

P. S. Haben Sie sich schon zum D. L. B.-Tag in München, in der Zeit vom 21.9. — 24.9. 1933 angemeldet? Wenn nicht, tun Sie dies sofort bei der Landesgruppe Süd, München, Lenbachplatz 6/II.

Dem Schreiben ist ein Aufnahmeschein hinzugefügt mit folgender Erklärung:

Ich erkläre hiermit, daß ich rein arischer Abstammung bin und in meinem Betriebe nur nichtjüdisches Personal beschäftige und auch beschäftigen werde.

Der Deutsche Landhandels-Bund umfaßt in 16 Gruppen, angefangen von Mehl und Mühlenfabrikaten bis zu Eiern, die landwirtschaftlichen Produkte und den landwirtschaftlichen Bedarf wie Kohle und Düngemittel. In all diesen Zweigen des Handels soll den Juden die Existenz nicht nur als Firmenträger, sondern auch als bescheidenste Angestellte unmöglich gemacht werden!

Das ist der grausamste Aushungerungskrieg, der jemals gegen eine wehrlose Minderheit geführt worden ist!

eine Saalschlacht geliefert, bei der es einen Toten und Schwerverletzten gab; Juden wurden aus ihren Häusern geschleppt und geschlagen, bis sie die Rolle „verschlagerener, krummstängiger Kommunisten“ und hinterlistige Dachüberfälle auf die brave SA. nach dem Wunsche ihrer Peiniger spielten. Diese und andere Greuel durfte die „obskure Filmgesellschaft“ unter offizieller Mitwirkung ganzer SA-Stürme und mit freundlicher Unterstützung der Behörden verüben. Im Auslande wurde entrüstet über diese Kulturschande berichtet, aber die Kurbel ging weiter.

Pfötzlich hat es Held Göbbels, der seine schmutzigen Hände jetzt tapfer in Unschuld wäscht, mit der Angst gekriegt. Was ist geschehen? Geriet etwa das Zuhältermilieu, in dem der Nazihelme heimisch war, zu deutlich? Oh nein, historische Wahrheit gibt's in dem Machwerk nicht. Das auswärtige Amt hat eingegriffen und erklärt, daß der Film für etwaige Judenprogrome verantwortlich zu machen sei. Der kleine Josef hat in Genf die Verachtung der zivilisierten Staaten sozusagen an der Quelle gerochen und einige Tage lang aus erster Hand bezogen. Angesichts der Genfer Minderheitsdebatte wagt er nicht mehr, das antisemitisch-nazionalistische Schandwerk der Weltöffentlichkeit zu bieten. Die Schuld wird mutig, wie immer auf obskure Andere abgewälzt, und von den Hunderttausenden, die wieder einmal sinnlos verpulvert wurden, erfährt das Volk nichts.